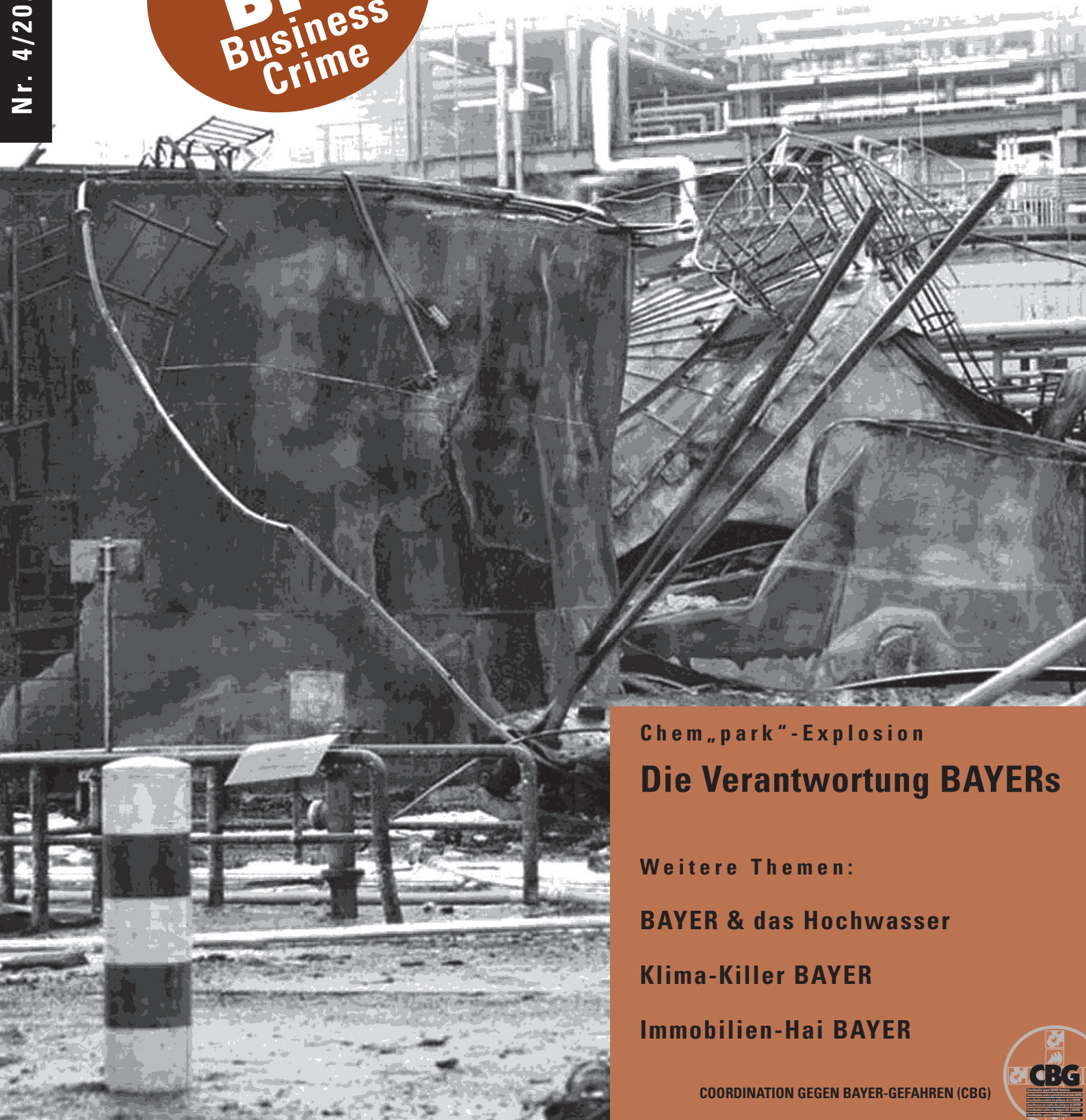


STICHWORT BAYER

Die anderen Informationen
zu einem multinationalen
Chemiekonzern

Mit Beilage
BIG
Business
Crime



Chem„park“-Explosion

Die Verantwortung BAYERs

Weitere Themen:

BAYER & das Hochwasser

Klima-Killer BAYER

Immobilien-Hai BAYER

SPUREN HINTERLASSEN

TESTAMENT UND VERMÄCHTNIS

Erbschaften und Vermächtnisse eröffnen weit in die Zukunft reichende Möglichkeiten und entfalten ihre Wirkung für kommende Generationen.

Wenn auch Ihnen eine Welt ohne Ausbeutung und Profitjagd am Herzen liegt, wenn Sie meinen, dass Willkür und Machtmissbrauch der großen Konzerne eingedämmt und beendet werden müssen, dann kommt für Sie vielleicht ein Vermächtnis oder ein Testament zur langfristigen Förderung unserer konzernkritischen Arbeit in Frage.

Fordern Sie unverbindlich und kostenfrei unseren leicht verständlichen Leitfaden zu allen Fragen des Nachlasses im Todesfall an.

JETZT INFORMATIONEN ANFORDERN!

Bitte deutlich schreiben:

<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------

Name, Vorname

Alter

Straße, Nummer

PLZ, Ort

E-Mail

Telefon

Datum, Unterschrift

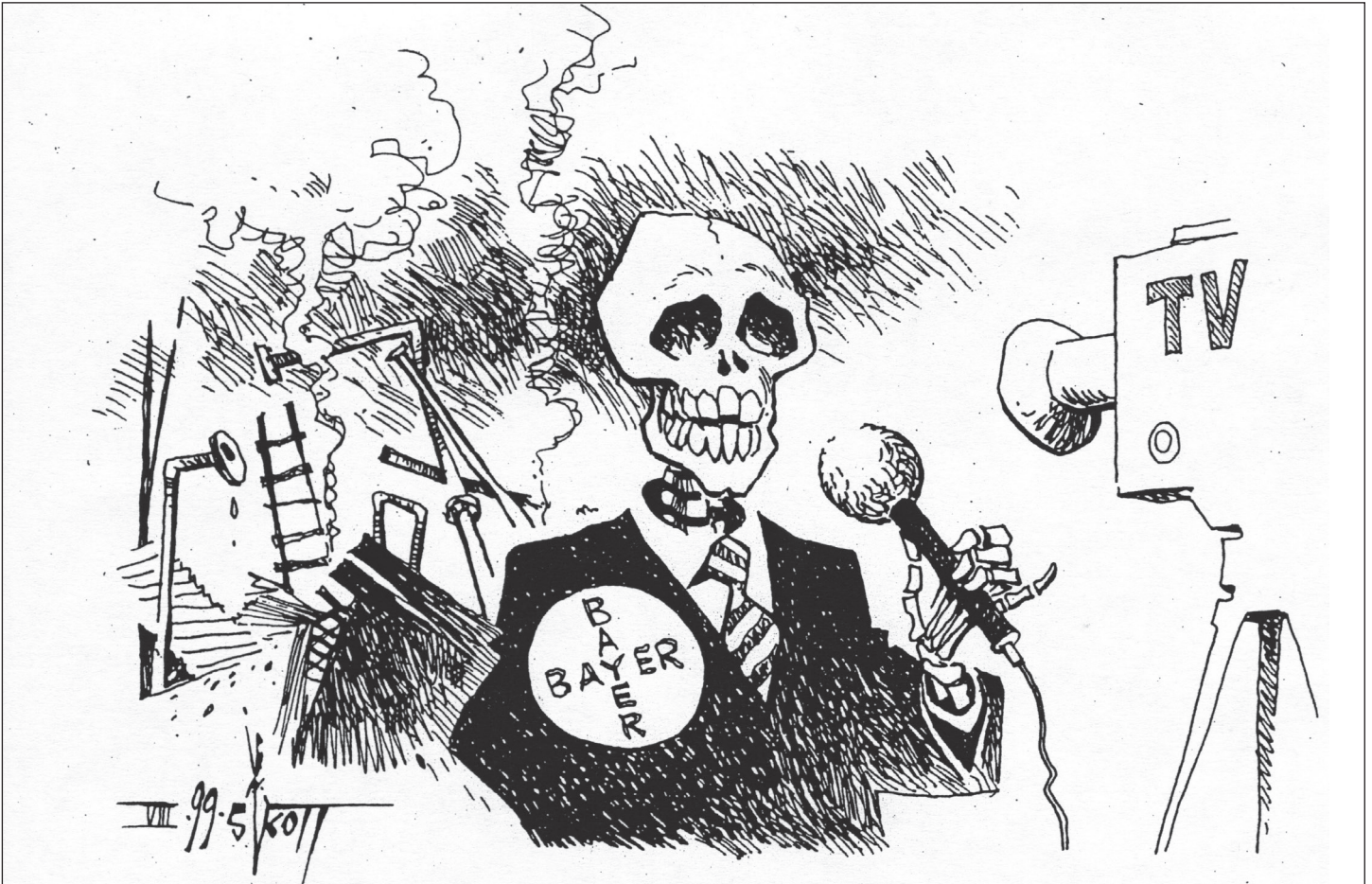


**Coordination gegen
BAYER-Gefahren (CBG)**

Postfach 15 04 18
D-40081 Düsseldorf
Deutschland

info2@CBGnetwork.org

www.CBGnetwork.org



Immer wieder aktuell, die SWB-Karikatur aus dem Jahr 1999: „Dank unsere Sicherheits-Philosophie war niemand zu irgendeinem Zeitpunkt gefährdet!“
Siehe Seite 10 ff.

Inhalt

- 6 BAYERs Klima-Kosmetik**
Die fadenscheinigen Projekte des Konzerns
- 10 Die Chemie-Katastrophe**
Die Leverkusener Explosion und ihre Vorgeschichte
- 20 BAYERs Versuchskaninchen**
Neue Studien zu Arznei-Tests mit Heimkindern
- 24 Häuserkampf**
Berliner Mettmann-Kiez vs. BAYER
- 26 Schadstoffe in den Fluten**
Chemie-Abwässer von BAYER & Co. freigesetzt

Rubriken

- 5 Editorial
Impressum**
- 7 Promis gegen Profit
Au weia, BAYER
Echo**
- 28 O-Ton BAYER**
- 30 CBG bei der Arbeit**



URWÄLDER IN EUROPA SCHÜTZEN

Rasant werden die Urwälder Europas unwiederbringlich zerstört - auch für unser Holz und unser Papier.

ROBIN WOOD

Das machen wir

Mit deiner Spende hilfst du uns dabei
www.robinwood.de/spenden
oder rufe uns an 040 380892-0



Impressum



Stichwort BAYER -
Die anderen Informationen
zu einem multinationalen Chemiekonzern

39. Jahrgang
Postvertriebsstück G 10848
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf,
Fon: (0211) 333911, Fax: (0211) 333940

Herausgeberin und Vertrieb:
COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. (CBG e. V.)
Für mehr Umweltschutz und sichere Arbeitsplätze
bei BAYER - weltweit.
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf.
Email: info@CBGnetwork.org
Internet: www.CBGnetwork.org
facebook: Coordination BAYER-Gefahren

Wir bitten um Zusendung von Leser*innen-, Protest- und
Bestellbriefen.

Die CBG ist ein internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das vom multinationalen BAYER-Konzern Betroffene und an diesem Konzern Interessierte zusammenschließt und die Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet. Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt bekanntzumachen, einzudämmen und möglichst ganz abzustellen. Konzernkritik braucht Unterstützung. Stichwort BAYER braucht Abonnent*innen. Nutzen Sie den Coupon der Abo-Anzeige in diesem Heft und abonnieren Sie. Oder - noch besser! - werden Sie (Förder-)Mitglied unseres Netzwerkes. Im Rahmen einer (Förder-)Mitgliedschaft erhalten Sie Stichwort BAYER automatisch ohne weitere Kosten. Je ein Exemplar von Stichwort BAYER wird dem Vorstand des BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee, 51373 Leverkusen, übersandt. Leser*innen haben somit die Möglichkeit, die Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen, in Stichwort BAYER behandelten Themen, Stellung zu beziehen.

Redaktion: V.i.S.d.P. Jan Pehrke (jp), CvD: Axel Köhler-Schnura (aks), Uwe Friedrich (uf).

Verlag: Eigenverlag

Vertrieb: CBG

Layout: Ulrich Volkenannt

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH

Bankverbindung: EthikBank
IBAN DE94 8309 4495 0003 1999 91
BIC GENODEF1ETK

Anzeigen: Es gilt die Anzeigenpreisliste vom Juli 2018
(1/1 S. sw 1.400,- Euro, zzgl. MWSt.)

Stichwort BAYER erscheint in 4 Ausgaben pro Jahr jeweils
zum Anfang des Quartals.

Der Nachdruck von Artikeln aus Stichwort BAYER ist ausdrücklich erwünscht. Honorar nach Vereinbarung. Datei bitte unter 0211/33 39 11 anfordern. Bitte Quelle angeben und zwei Belegexemplare übersenden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Bilder und Fotografien wird keine Haftung übernommen. Rechtlich geschützte Warenzeichen werden in Stichwort BAYER ohne gesonderten Hinweis genannt. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen.

Auszeichnungen:

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V. erhielt 1999 den Preis des Kirchlichen Entwicklungsdienstes Oberhausen, zudem 1998 und 1990 den Preis von Business Crime Control. Darüber hinaus wurde Vorstandsmitglied Axel Köhler-Schnura im Jahr 2000 mit dem „Preis für Zivilcourage“ und 2011 mit dem „Henry-Matthews-Preis“ geehrt.

Beirat:

Dr. Erika Abczynski / Kinderärztin / Dormagen,
Hiltrud Breyer / ehem. MdEP/Berlin,
Eva Bulling-Schröter / ehem. Mitglied des Bundestags / Berlin,
Prof. Dr. Wolfram Elsner / Ökonom / Bremen,
Prof. Jürgen Junginger / Designer / Krefeld,
Prof. Dr. Jürgen Rochlitz / Chemiker / Burgwald,
Prof. Rainer Roth / Sozialwissenschaftler / Frankfurt

Bei Umzug bitte neue Adresse mitteilen

Die Post teilt uns bei Umzug die neue Adresse nicht mit. Soll Stichwort BAYER Sie auch weiterhin erreichen, informieren Sie uns bitte über Ihre neue Anschrift.

Liebe Leserinnen und Leser,

am 27. Juli 2021 ereignete sich die schlimmste Chemie-Katastrophe in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen. Bei der Explosion eines Tanks im Entsorgungszentrum des Leverkusener Chem„parks“ der CURRENTA starben sieben Menschen, 31 wurden zum Teil schwer verletzt. Obwohl der BAYER-Konzern seine CURRENTA-Anteile im Jahr 2019 verkauft hatte, wurde die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) sofort aktiv. Der ganze Chem„park“ mitsamt der Tankanlage und den Sondermüll-Verbrennungsöfen ist nämlich made by BAYER. Zudem sorgte der Leverkusener Multi durch politische Interventionen immer wieder für lasche Auflagen. Darum widmet sich das *Stichwort BAYER (SWB)* in seinem Artikel zur Explosion dieser Vorgeschichte ausführlich. Wenige Wochen vorher hatte das Hochwasser Nordrhein-Westfalen heimgesucht, stärker traf es nur noch Rheinland-Pfalz. Und auch hier gab es wieder Chemie-Alarm, diesmal im Chemie„park“ Knapsack, wo der Agro-Riese Pestizide produziert. Dort lief die Abwasser-Behandlungsanlage über, und die Stadt Hürth setzte unverzüglich eine Warnmeldung ab: „Innerhalb des Stadt-Gebietes Hürth ist es im Bereich ‚Alt-Hürth‘ zu einem Schadensereignis gekommen. Dabei werden Schadstoffe freigesetzt, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Hautreizungen führen können.“ Ein Einzelfall war das nicht. In der Vergangenheit haben solche Unwetter immer wieder Gefahren durch giftige Substanzen aus der Produktpalette von BAYER & Co. heraufbeschworen. Deshalb holen wir in unserem Text dazu ebenfalls wieder etwas weiter aus.



Solche Unwetter fallen heutzutage nicht mehr einfach so vom Himmel. Der Klimawandel ist menschengemacht, und die Industrie hat einen gewaltigen Anteil daran. Allein BAYER hat im letzten Jahr 3,58 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen. Das Unternehmen gelobt auch Besserung, aber einer Prüfung halten die Maßnahmen nicht stand. Der Konzern setzt beim Thema „CO₂“ statt auf Reduktion auf Kompensation (etwa durch Wiederaufforstungsprojekte), Subvention (durch Staatsknete zur Umrüstung seiner veralteten Anlagen) und – bitte festhalten! – auf Glyphosat. Alles zum großen Klima-Schwindel in dieser Ausgabe.

Zu allem Übel betätigt sich der Global Player jetzt auch noch als Immobilien-Hai, wofür sein Charakter-Profil leider beste Voraussetzungen bietet. Aber leichte Beute sind ihm die Bewohner*innen des Berliner Mettmann-Kiezes nicht geworden. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen die vom Leverkusener Multi angekündigte Räumung. Das Stichwort dokumentiert den Häuserkampf in dieser Nummer.

Den Kampf der ehemaligen Heimkinder um Entschädigungen von BAYER und anderen Pharma-Produzenten, denen sie als Versuchungskaninchen für Arzneien dienen mussten, verfolgt das *SWB* schon länger. Heuer widmet sich das Heft zwei neuen Studien zu den Medikamenten-Tests. Neues gibt es dann von uns erst 2022 wieder, bedauert

Jan Pehrke

Der Klima-Killer aus Leverkusen

CO₂ made by BAYER

Die CBG am 24. September beim Klima-Streik in Leverkusen

Immer deutlicher macht sich der Klimawandel bemerkbar. Aber für BAYER gilt weiterhin Business as usual. Der Konzern reduziert seinen Kohlendioxid-Ausstoß kaum und setzt stattdessen auf Kompensationsgeschäfte durch Investitionen in Wiederaufforstungsprojekte. Auch hält er an seinen energie-fressenden Dreckschleudern fest.

Von Jan Pehrke

Waren es in den letzten Jahren die Dürre-Perioden, die vom Klimawandel kündeten, so nahm heuer das Hochwasser mit seinen katastrophalen Folgen diese Rolle ein (siehe S. 26 ff.). Und die dem Weltklimarat (IPCC) angehörende Wissenschaftlerin Astrid Kiendler-Scharr konnte die Wahrscheinlichkeit solcher Ereignisse in Relation zum Ausmaß der Aufheizung sogar schon genauer vorhersagen. „Bei einer Erwärmung um 1,5 Grad haben global

etwa elf Prozent der Landfläche ein höheres Risiko, von Flüssen überschwemmt zu werden. Bei zwei Grad sind es schon 21 Prozent der Landfläche“, sagte sie in einem Interview mit *spektrum.de*. Im August veröffentlichte der IPCC dann seinen neuesten Report, der noch einmal eindeutige Nachweise für ein gehäuftes Auftreten solcher und anderer Wetter-Phänomene lieferte. „Seit dem fünften Sachstandsbericht gibt es stärkere Be-

lege für Veränderungen von Extremen wie Hitzewellen, Starkniederschläge, Dürren und tropische Wirbelstürme“, heißt es in dem Dokument. Darum mahnten die Forscher*innen, den Treibhausgas-Ausstoß „sofort, schnell und im großen Stil“ zu verringern.

Danach sieht es aber zurzeit nicht aus. Nach Berechnungen der Denkfabrik Agora Energiewende werden sich die bundesdeutschen Emissionen im Jahr 2021 im

Vergleich zu 2020 um rund 47 Millionen auf 786 Millionen Tonnen erhöhen – der größte Anstieg seit 1990. Die selbst-gesteckten Klima-Ziele rücken damit in weite Ferne, wie jüngst auch das Umweltbundesamt bestätigt hat. Die chemische Industrie hat an diesen Emissionen einen Anteil von rund acht Prozent, allein BAYER stieß im Geschäftsjahr 2020 3,58 Millionen Tonnen an Treibhaus-Gasen aus, denn beim selbsterzeugten Strom setzt der Konzern zum überwiegenden Teil auf fossile Energieträger. Von den im letzten Jahr produzierten 17.836 Terrajoule entfielen 10.911 Terrajoule auf Erdgas und 566 Terrajoule auf Kohle, wobei der Kohle-Anteil gegenüber 2019 immerhin von 13,5 Prozent auf rund drei Prozent sank. Von den 18.022 Terrajoule zugekauften Stroms entstammten nur sechs Prozent aus erneuerbaren Energie-Quellen. Den Rest des Bedarfs deckten Gas, Kohle oder Kernkraft.

Klima-Sünder BAYER

„Besonders energieintensiv ist unsere Rohstoffgewinnung einschließlich Aufbereitung und Weiterverarbeitung für die Herstellung von Pflanzenschutzmittel-Vorprodukten von Crop Science – daher entfällt der größte Anteil unserer Treibhausgas-Emissionen auf diese Division“, erklärt der Konzern in seinem neuesten Nachhaltigkeitsbericht. Dass Glyphosat dabei die Hauptrolle spielt, verschweigt er wohlweislich. Neben allem anderen ist das Herbizid nämlich auch noch ein veritabler Klima-Killer. Um das Glyphosat-Vorprodukt Phosphor aus dem Sediment-Gestein Phosphorit zu gewinnen, muss der Ofen am US-amerikanischen BAYER-Standort Soda Springs auf eine Betriebstemperatur von 1.500 °C kommen und braucht dafür entsprechend viel Energie. Seit Langem schon fordert die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) eine Umrüstung der dortigen Fertigung. Dazu zeigt sich der Global Player aber ebenso wenig bereit wie zur Sanierung oder Ersetzung anderer Dreckschleudern. Und mit einer solchen Haltung steht er im Unternehmer-Lager beileibe nicht allein da. „[D]ie Industrien schieben Neuinvestitionen bereits seit mehr als einem Jahrzehnt auf“, konstatiert die im Auftrag der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen erstellte Studie „Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen“. Die Untersuchung, die Agora Energiewende und die Unternehmensberatung ROLAND BERGER

in Tateinheit mit BAYER, BASF, BP, SIEMENS und anderen Firmen erstellt haben, drückt es ein wenig vornehmer aus und spricht von „Investitionsattentismus“.

Staatsknete für den Umbau

Bei den aktuellen Diskussionen gerät diese Großbaustelle des Klimawandels kaum in den Blick. Jene beschränken sich größtenteils auf Kohle, Gas und die anderen Energieträger, mit denen BAYER & Co. ihre Produktionsstätten befeuern. Eigentlich sollte hier der – immer wieder als marktwirtschaftliches Instrument für mehr Klimaschutz – gefeierte Emissionshandel mit CO₂-Verschmutzungsrechten für Abhilfe sorgen, indem er Anreize für das Errichten saubererer Anlagen schafft. Davon kann jedoch nicht die Rede sein. Die Agora-Expertise nennt auch den – marktwirtschaftlichen – Grund: „Der CO₂-Preis liegt (...) sowohl im europäischen als auch nationalen Emissionshandel auf absehbare Zeit unter den Vermeidungskosten vieler CO₂-armer Schlüsseltechnologien in der Industrie“. Für die Multis kommt es also billiger, die CO₂-Zertifikate zu kaufen, als in klima-freundlichere Fabriken zu investieren.

„Es bedarf daher staatlicher Anreize und Förderungen“, lautet die Schlussforderung der Agora-Publikation, die dann auch gleich „Klimaneutralität 2050 – Was die Industrie jetzt von der Politik braucht“ betitelt ist. „Die Politik muss (...) gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen, welche die Entwicklung, die Einrichtung und den Betrieb neuer Anlagen und Schlüsseltechnologien zum Geschäftsmodell werden lassen – auch für den Export“, verlangt sie. Ihr Mittel der Wahl dazu: Klimaschutz-Verträge, sogenannte „Contracts for Difference“. Diesen weisen die Autor*innen die Aufgabe zu, die betrieblichen Mehrkosten zu decken, bis die Emissionshandelspreise irgendwann einmal so hoch sind, dass rein marktwirtschaftliche Überlegungen die Bau-Projekte vortreiben. Die Studie der NRW-Grünen tritt ebenfalls für ein solches Modell ein, das sich dann auch im Wahlkampf-Programm der Partei wiederfindet. Ein 900 Millionen schweres Pilot-Projekt dazu hat das Bundeswirtschaftsministerium schon auf den Weg gebracht. Und der „Verband der chemischen Industrie“ hat sich bereits Gedanken über die Finanzierung gemacht: „Diese Haushaltsmittel könnten durch Einsparungen in anderen Bereichen aufgebracht werden.“ „Hier will BAYER nur wieder Geld kassieren. Und dabei munter

Promis gegen Profit



„Wenn wir es mit den Mächtigen aufnehmen und die systematischen Anreize beseitigen, den Planeten für schnellen Profit zu verbrennen, können wir echte Veränderungen bewirken.“

Jeremy Corbyn, Politiker

Au weia, BAYER

Nach Meinung von BAYER-Chef Werner Baumann spiegelt der Aktien-Kurs des Leverkusener Multis seine wahre ökonomische Stärke nicht wider. Er hält das Papier für krass unter- und dagegen die wegen der Glyphosat-Entschädigungsklagen drohenden finanziellen Risiken dementsprechend für krass überbewertet. Aber die Finanz-Investoren wollen nicht auf ihn hören. Darum nimmt er die Sache jetzt selber in die Hand. Als Anfang August wegen eines abermals verlorenen Glyphosat-Prozesses mal wieder ein Sinkflug anstand, betrieb er – nicht zum ersten Mal - eigenhändig Kurspflege, um ein Zeichen setzen. Der Vorstandsvorsitzende erstand für 474.000 Euro 10.000 Aktien. Und siehe da, die Aktie drehte leicht ins Plus. Nachhaltig war der Effekt jedoch nicht, wie sollte er auch ...

Echo

I. B.-A.: Ich werde die CBG weiter unterstützen und wünsche Ihnen allen viel gute Kräfte.

C. M.: Danke für Ihre wichtige Arbeit.



CC BY-NC-SA 2.0



BAYERs Glyphosat-Werk in Soda Springs

weiter das Klima ruinieren“, lautete der Kommentar der CBG zu den „Contracts for Difference“ in ihrer Presseerklärung zum Klimastreik vom 24. September.

Grüner Ablasshandel

Daneben haben die Konzerne noch eine andere Strategie entwickelt, dem Klimawandel zu begegnen: „Kompensation statt Reduktion“ heißt die Devise. So will der Leverkusener Multi sein Ziel der Klimaneutralität bis 2030 nur zu 42 Prozent durch mehr Strom aus erneuerbaren Energie-Quellen, zu 58 Prozent aber durch Ausgleichsmaßnahmen erreichen. „Im Berichtsjahr haben wir bereits 200.000 t CO₂ kompensiert, indem wir bspw. in Uruguay, Brasilien und China Projekte zur Wiederaufforstung und zum Waldschutz finanziert haben“, vermeldet der Agro-Riese in seinem Nachhaltigkeitsbericht.

Der *Spiegel* bezeichnet diese Praxis als grünen Ablasshandel. Die Wissenschaft hält ebenfalls nicht viel von Konzernen als Hobby-Gärtner*innen, denn es läuft auf ein Nullsummenspiel hinaus, an einem konkreten Standort begangene Klimasünden anderswo auf der Welt wiedergutzumachen – bestenfalls. „Neun von zehn Wiederaufforstungsprojekten scheitern“, sagt etwa der Ökologe Thomas Crowther von der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Zudem verlegen die Kompensationsgeschäfte die möglichen positiven Klima-Effekte weit in die Zukunft. „Priorität muss die Senkung der CO₂-Emissionen haben“, lautet deshalb das Fazit Crowthers.

Es kommt sogar noch schlimmer. Der Leverkusener Multi versucht allen Ernstes, sein Problemkind „Glyphosat“ ungeachtet seines übergroßen CO₂-Fußabdrucks als

Klima-Retter zu verkaufen, weil es den Landwirt*innen das Kohlendioxid freisetzende Pflügen erspare. Allerdings streiten die Agrar-Forscher*innen noch darüber, ob eine solche landwirtschaftliche Praxis wirklich das im Boden gebundene Kohlendioxid wieder entfesselt, und der Gewährsmann der Aktien-Gesellschaft in dieser Frage, Professor P. Michael Schmitz, musste unlängst seinen wissenschaftlichen Offenbarungseid leisten. Schmitz hat sich die Arbeit an solchen Sätzen wie „Mit einer angepassten Glyphosat-Strategie in der Fruchtfolge können ohne Ertragsreduzierung die Maschinen- und Arbeitskosten sowie der CO₂-Ausstoß gesenkt werden“, nämlich von der jetzigen BAYER-Tochter MONSANTO bezahlen lassen. Trotzdem behauptet der grüne Chef-Lobbyist des Gentech-Giganten, Matthias Berninger, unverdrossen weiter: „Glyphosat ist gut fürs Klima“. Und der Konzern hat sogar ein Programm aufgelegt, das Farmer*innen mit Geld-Prämien dazu verleiten will, den Pflug in der Scheune zu lassen und stattdessen zu Glyphosat zu greifen. All diese fadenscheinigen Manöver des Unternehmens, sich seine Klima-Bilanz grüenzurechnen, waren für die Koordination Grund genug, sich auch im September 2021 wieder am Klimastreik zu beteiligen – und aus gegebenem Anlass natürlich am BAYER-Stammsitz Leverkusen. ◀

Ausgabe 5 | 2021
September | Oktober
11 Euro

Alternative Kommunal Politik

Fachzeitschrift | 42. Jahrgang

RESILIENZ

Kommunen müssen an ihrer Widerstandskraft und Robustheit gegenüber Krisen arbeiten: Wenn es um die Folgen des Klimawandels oder die Corona-Pandemie geht, um Hacker-Angriffe oder wirtschaftliche Verwerfungen. Oder um noch unbekanntere Herausforderungen.

Weitere Themen:

- Sichere Bildung in der Pandemie – Luftfilter und Co.
- Jugend in der Kommune: Unsichtbar oder eingebunden?
- Mein Recht als Ratsmitglied: Organtreue und Obliegenheiten
- Das Potenzial der Dächer: Solare Baupflicht
- Mehrwegsysteme für die Gastronomie

Einzelpreis: 11 Euro plus 1,40 Euro Versand
Abopreis (6 Ausgaben): 60 Euro

AKP – Alternative Kommunalpolitik | Luisenstraße 40 | 33602 Bielefeld
Ruf 0521.177517 | Fax 0521.177568

AKP

Ausgabe 5 | 2021

www.akp-redaktion.de

#UnblockCuba

Kuba 184 : 2 USA

Am 23. Juni 2021 verurteilte die UN-Vollversammlung mit 184 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen die US-Blockade gegen Kuba.

*Worten müssen endlich Taten folgen:
Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade aufheben!*



*Informiere Dich!
Werde aktiv!*

www.unblock-cuba.org

Spenden: IBAN: DE58 1001 0010 0032 3331 00
Netzwerk Cuba e.V. | Verwendungszweck: Unblock Cuba

Explosion im Chem„park“

Die Verantwortung BAYERs



Am 27. Juli 2021 ereignete sich auf dem Gelände des Leverkusener Chem„parks“ eine Explosion. Der Störfall im Tanklager des Entsorgungszentrums forderte sieben Todesopfer. 31 Menschen trugen zum Teil schwere Verletzungen davon. Abermals zeigte die Katastrophe die lebensgefährlichen Risiken einer dem Profit-Prinzip folgenden Wirtschaftsweise auf.

Von Jan Pehrke

Es war die größte Chemie-Katastrophe in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Sieben Menschen starben bei der Explosion im Leverkusener Chem„park“. 31 verletzte sich zum Teil schwer. 55 Rettungskräfte hatten nach ihrem Einsatz gesundheitsgefährdende Mengen an Schadstoffen im Blut. Und zahllose Anwohner*innen klagten über Gesundheitsstörungen.

Dazu kamen besorgniserregende Sachschäden wie etwa ein Defekt an den Brunnen der Dhünnaue-Deponien, die das

verseuchte Sickerwasser auffangen und zusammen mit der Grundwasser-Barriere verhindern, dass es in den Rhein fließt. „Es wird davon ausgegangen, dass der Rohrbruch, der am 28.07.2021 festgestellt wurde, im Zusammenhang mit dem Ereignis vom 27.07.2021 steht“, konstatiert das Landesumweltministerium in einem Bericht. Auch die Kläranlage des Entsorgungszentrums lädierte die Explosion. Dort fiel die Prozessleitsteuerung aus. Noch in 40 Kilometer Entfernung von der Unglücksstelle schlugen die Messgeräte

des nordrhein-westfälischen Geologischen Dienstes aus, eine solche Kraft hatten die Druckwellen. Die Rauchwolke zog über das ganze Bergische Land bis nach Dortmund hin. Eine Warnmeldung der Kategorie „extreme Gefahr“ setzten die Behörden ab. Die Feuerwehr forderte die Bevölkerung auf, die Fenster zu schließen und die Klima-Anlagen auszuschalten. Sie mahnte eindringlich, die niedergehenden Ruß-Partikel nicht zu berühren, kein Obst und Gemüse aus den eigenen Gärten zu essen und verschmutzte Gegenstände

nicht selbst zu reinigen. Eine Größe von bis zu zwei Zentimetern erreichten die Flocken und waren nicht ohne: Mitunter fraßen sie sich sogar durch die Schutzschicht von Autolacken. Die Stadt Leverkusen sperrte alle Spielplätze, und die Landwirt*innen der Umgebung ließen ihre Kühe nicht mehr auf die Weide.

„Ich dachte, ein Flugzeug wäre auf unserem Hausdach gelandet“, so beschreibt eine Frau aus Leverkusen-Bürrig die Detonationsgeräusche. Am nächsten Tag legte sich ihr zufolge dann ein schwerer, gummiartiger Gestank über den Stadtteil, und sie hatte einen „bitteren Geschmack“ auf der Zunge. Den hatte auch ein anderer Anwohner. Das war aber nicht alles. Er habe „starke Lungenschmerzen bekommen“, berichtete er dem *Kölner Stadtanzeiger*. An eine Atom-Explosion, einen Fall-Out, erinnerte ihn das Ganze. Ein Mann klagte derweil über brennende Haut, und eine ältere Frau spürte noch am Wochenende darauf die Nachwirkungen. „Am Sonntag hatte ich den ganzen Tag Kopfschmerzen“, sagte sie in einem *Monitor*-Interview.

Verharmlosungen

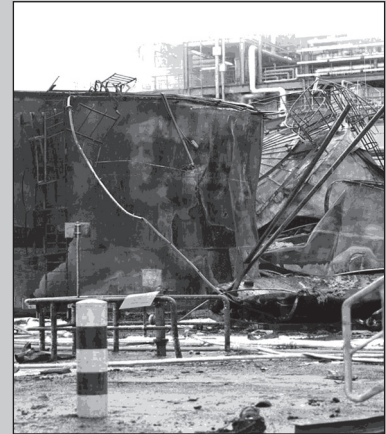
Bereits am ersten Tag nach der Detonation begann die Staatsanwaltschaft Köln Ermittlungen wegen des Verdachts auf fahrlässige Tötung und auf fahrlässige Herbeiführung einer Sprengstoff-Explosion. Diese hatte sich in dem Tanklager der Sondermüll-Verbrennungsanlage des Chemie„park“-Betreibers CURRENTA, genauer im Tank 3 ereignet. Und es war ein Unglück mit Ansage. Schon ab etwa fünf Uhr morgens kam es am dem 27. Juli zu einem Temperatur- und Druckanstieg in dem Behältnis, da sich eine Chemikalie erhitzt hatte. Eine Alarmierung der Feuerwehr erfolgte zu diesem Zeitpunkt aber nicht. Die CURRENTA pumpte zur Abkühlung Heizöl in den Tank, aber das konnte die chemische Reaktion nicht stoppen. „Der ganze Vorgang ging so schnell, dass die Sicherheitseinrichtungen den Druck nicht mehr abführen konnten. Als der Druck dann über dem Auslegungsdruck des Behälters lag, explodierte dieser“, heißt es in dem Zwischenbericht des Gutachters. Der größte Druck- und Temperaturanstieg fand eine Viertelstunde vor der Detonation statt, die sich um 9.40 Uhr ereignete. Die Abfall-Flüssigkeit, die dem zweiten Zwischenbericht zufolge in Bürrig „oberhalb der Selbsterwärmungstemperatur gelagert wurde und so die Reaktion in Gang“ setzte, vermengte sich dann mit der Luft und dem Heizöl, was einen Brand

auslöste. Das Feuer griff bald auch auf acht der Nachbar-Tanks über und zerstörte diese oder beschädigte sie stark.

Die Feuerwehr durfte sich zu diesem Zeitpunkt dem Brandherd immer noch nicht von allen Seiten nähern, sondern nur von Westen aus. Über dem Entsorgungszentrum verlief nämlich eine Starkstromleitung, die zerbarst und erst umständlich vom Netz genommen und geerdet werden musste. Nach den heutigen technischen Bau-Bestimmungen für Betriebe, die der Störfall-Verordnung unterliegen, wäre eine solche überirdische Führung von 110 Kilovolt gar nicht mehr erlaubt. Aber der Gesetzgeber gewährt freundlicherweise Bestandsschutz. Und so verstrichen rund anderthalb Stunden, ehe die 360-köpfige Lösch-Crew die Möglichkeit hatte, vollen Einsatz zu zeigen. Gegen 13 Uhr gelang es ihr schließlich, das Feuer – mit potenziell umweltschädlichen – Sonderlöschmitteln unter Kontrolle zu bringen.

Dreieinhalb Stunden später folgte schon die erste Entwarnung. „Im gesamten Stadtgebiet wurden von der Feuerwehr Leverkusen und dem LANUV (*Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen, Anm. SWB*) Luftmessungen vorgenommen, die unauffällig blieben“, vermeldete die Stadt Leverkusen. Dabei war im Einzelnen gar nicht klar, was da ins Freie gelangt war – und ist es bis heute nicht. Laut CURRENTA befanden sich in den Tanks „organische Wasser- und Lösungsmittel-Gemische und chlorierte Wasserstoffe“. Daraus zog das LANUV erste Schlüsse: „Daher gehen wir derzeit davon aus, dass über die Rauchwolke Dioxin-, PCB- und Furan-Verbindungen in die umliegenden Wohn-Gebiete getragen wurden.“ Über die Konzentration der Stoffe vermochte die Behörde aber noch keine Angaben zu machen. Drei Tage später legte sie dann ihre Ergebnisse vor. „[E]ine nur geringe Schadstoff-Belastung“ stellte das LANUV fest. „Bei den Stoffgruppen der Dioxine (einschließlich dioxin-ähnliche PCB) wurde die Bestimmungsgrenze nicht erreicht. Bei den Polychlorierten Biphenylen (PCB) und den Polyzyklischen Aromatischen Kohlenwasserstoffen (PAK) wurden sehr geringe Werte gemessen, die die Bewertungsgrenzen unterschritten“, so das Landesamt. Nach anderen Stoffen hatte die Einrichtung allerdings zu der Zeit noch nicht gefahndet. Daher empfahl sie, zunächst noch alle Schutzmaßnahmen aufrechtzuerhalten.

An den Dioxin-Befunden erhoben sich sogleich Zweifel. So machte der BUND FÜR



Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) bekräftigt angesichts der Chemie-Katastrophe vom 27. Juli 2021 und aller bislang offenen Fragen ihre seit 1978 erhobenen Forderungen:

- Gefährliche Industrieanlagen raus aus dicht besiedelten Gebieten – bei Sicherung der Arbeitsplätze, zum Beispiel durch Konversion.
- Installation umfassender Warnsysteme für den Katastrophenfall. Kein weiterer Abbau von Sirenen im öffentlichen Raum, flächendeckende Installation neuer Sirenen.
- Umfassendes Langzeit-Monitoring von Unfällen und den gesundheitlichen Folgen für die Menschen in den betroffenen Gebieten.
- Umfassende Offenlegung aller Informationen, Unterlagen und Ergebnisse.
- Umfassende Entschädigung aller Opfer und Übernahme sämtlicher Kosten durch die verantwortlichen Firmen.
- Kein Müll-Tourismus. Gefährliche und giftige Abfälle müssen an Ort und Stelle entsorgt werden.
- Verschärfung der gesetzlichen Auflagen für die Betreiber von Anlagen.
- mehr und intensivere Kontrollen durch die Aufsichtsbehörden





NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser (CDU) wird bei der CURRENTA vorstellig, um Informationen über die Chemikalien in der zerstörten Tank-Anlage zu erhalten

UMWELT- UND NATURSCHUTZ (BUND) auf die geringe Anzahl der genommenen Proben aufmerksam und kritisierte die Aussage des LANUV-Mitarbeiters Ulrich Quaß, „dass die Ruß-Flocken auch für Kinder völlig unkritisch seien, selbst wenn diese so einen Brand-Rückstand verschlucken sollten“, als „völlig unangebracht“. Wenig später sah sich diese Skepsis durch

eine GREENPEACE-Untersuchung bestätigt, die sich auf 20 statt bloß auf drei Proben stützte. „Teilweise wurden höhere Konzentrationen nachgewiesen als in den veröffentlichten Mess-Ergebnissen des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV)“, erklärte die Organisation. Während die Greenpeace-Chemiker*innen in den

Wischproben von Staub auf Spielplätzen und in Hausgärten genauso wenig wie ihre LANUV-Kolleg*innen gefährliche Rückstände aufspüren konnten, stießen sie in dem Ruß sehr wohl auf bedenkliche Werte. „In vier von sieben quantitativ untersuchten Proben von Ruß-Niederschlägen werden Polychlorierte Dibenzo-Dioxine und -Furane in Konzentrationen oberhalb der Bestimmungsgrenze nachgewiesen“, heißt es in dem Bericht der Initiative. „Die Entwarnung kommt zu früh“, konstatierte GREENPEACE deshalb: „Kinder sollten auf keinen Fall mit diesen Fundstücken in Berührung kommen.“ Die Stadt forderten die Umweltschützer*innen auf, die Rückstände flächendeckend und systematisch zu analysieren und die CURRENTA, die Rußpartikel einzusammeln und fachgerecht zu entsorgen.

Mit genaueren Informationen zum Tank-Inhalt rückte der Chem,„park“-Betreiber immer nur häppchenweise heraus, was die Untersuchungen zum Schutz der Anwohner*innen massiv erschwerte. NRW-Umweltministerin Ursula Heinen-Esser musste sogar persönlich in Leverkusen vorstellig werden, um bei dem Unternehmen Druck zu machen. Eine Verzögerungstaktik sah sie dabei aber nicht am Werk. Die CDU-Politikerin schrieb das

Halten Sie Menschenrechte und Umweltschutz für Standortnachteile, die beseitigt werden müssen? Dann werden Sie in Ossietzky keine Bestätigung finden.

Der Kapitalismus hat keinen Respekt vor Grenzpfählen, Landesfarben und nationalen Ideologien. Vor letztern am wenigsten, denn er bezahlt ja meistens ihre Erfinder.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Februar 1931

alle zwei Wochen neu



Halten Sie globale Verantwortung für einen militärischen Auftrag, den die Bundeswehr zu erfüllen hat? Dann wird Ihnen Ossietzky nicht zusagen.

Diese geistige Militarisation, der fast alle Parteien hemmungslos unterliegen, ist unsittlich, verabscheuenswert und infam. Sie wird ihre blutigen Früchte tragen – und auch das nächste Mal wird niemand, niemand schuld sein.

Kurt Tucholsky 1927

Ossietzky Verlag GmbH
Siedendolsleben 3
29413 Dähre
Telefon: 039031.950 596

Glauben Sie daran, dass Löhne gesenkt und Arbeitszeiten verlängert werden müssen, damit die Unternehmer viele neue Arbeitsplätze schaffen? Wenn Sie diesen Glauben nicht verlieren wollen, dürfen Sie keinesfalls Ossietzky lesen.

Wenn schon gespart werden soll, dann möge man bei Militär und Marine anfangen, anstatt deren weitere Hypertrophie auf Kosten des Sozialtats zu dulden.

Carl von Ossietzky in
Die Weltbühne,
17. Dezember 1929

www.ossietzky.net

Verhalten laut *dpa* lediglich einer vorübergehenden Überforderung zu. Am 31. Juli tat die Bezirksregierung Köln dann kund, in dem explodierten Tank hätten sich „flüssige Reststoffe aus der Produktion von Chemikalien für die Landwirtschaft“ befunden, in der Hauptsache phosphor- und schwefelhaltige Substanzen. Knapp eine Woche später publizierte das LANUV dann die Resultate ihrer Untersuchung auf der Basis der erhaltenen Stofflisten. 450 Agrochemie-Bestandteile spürte es in Boden- und Pflanzenproben nach und fand „keine relevante Konzentration und keinerlei Grenzwert-Überschreitungen“. „Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die einzelnen Bestandteile der Agrar-Chemikalien aus den Tanks durch den unmittelbar nach der Explosion einsetzenden Brand fast vollständig zerstört wurden“, so die Behörde.

Am 11. August durfte dann auch die Öffentlichkeit Genaueres erfahren. Die CURRENTA informierte über die Stoffe in den Tanks und im Fall des hochgegangenen Behälters auch über deren Herkunft. Sie stammten von einem „außerhalb des Chem„park“ ansässigen Kunden aus dem EU-Ausland“. Bei seinem Besuch der Leverkusener Stadtratsfraktionen nannte Unternehmenschef Lars Friedrich dann



noch weitere Details. So brachte ein einziger Stoff, mit dem es das Entsorgungszentrum zuvor noch nie zu tun hatte, den Tank 3 zum Platzen. Die Bezirksregierung warnte sogleich alle Betreiber von Verbrennungsanlagen im In- und Ausland vor dieser Substanz. Genauere Angaben zu der Chemikalie verweigerte Friedrich jedoch mit Verweis auf die noch laufenden Ermittlungen. Er versicherte Erhard Schoofs von der Bürgerliste lediglich, dass die CURRENTA auch diese Lieferung

sorgfältig beprobt hätte, bevor sie abgefüllt wurde.

Made by BAYER

Ein Leverkusener wusste laut *Rheinischer Post* sogleich, was er zu tun hatte, als er am Morgen des 27. Juli die ungeheure Erschütterung vernahm: „Ich geh' rein, mach die Fenster zu. Wenn das vom BAYER kommt ...“ „Und ja, es kommt ‚vom BAYER‘, wie man in Leverkusen sagt, wenn man über den Chem„park“, das ehema-

spw

Systemfragen des Gesundheitswesens

Heft 244
Ausgabe 3 - 2021 | 7,00 Euro

Felix Welti
Gesundheit und Recht:
reformierendes, retardierendes oder reaktionäres Moment?

Hartmut Reiners
Geld im Gesundheitswesen:
Zum Problem der Vergütung von Arztpraxen und Krankenhäusern

Bernard Braun
Politik, Ökonomie und was noch? – Zur Notwendigkeit, die politische Ökonomie
des Gesundheitswesens zu erweitern

Cornelia Heintze
Gesundheitsschutz und Gesundheitsversorgung:
Lehren aus der Coronapandemie

Jessica Rosenthal
Den Sound in der Politik verändern

spw-Leser*innen-Umfrage - Seite 83



„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert...“

www.spw.de





Die Podiumsdiskussion der CBG zur Explosion

lige BAYER-Werk, spricht“, schreibt die Zeitung. BAYER und der Chem„park“, das ist für die Stadt immer noch eins, obwohl die Besitzverhältnisse inzwischen andere sind. Im Jahr 2019 verkaufte der Konzern seine 60-prozentige Beteiligung an der CURRENTA und hat somit rein formal nichts mehr mit dem Störfall zu tun. Andererseits trägt er aber sehr wohl Verantwortung. Der Multi war es nämlich, der nicht nur das Entsorgungszentrum mit dem Tanklager und den Verbrennungsöfen errichtete, sondern auch die ganze Chem„park“-Struktur mitsamt seiner Sicherheitsarchitektur schuf, die sich dann am 27. Juli nicht zum ersten Mal als sehr anfällig erwies. 2011 ging von der Sondermüll-Verbrennungsanlage aus ein

Sandregen über Teile Leverkusens nieder. 2010 entzündete sich ein Feuer, und 2009 traten nach einem Defekt in der Dosier-Einrichtung der Abluft-Behandlung Schadstoffe aus. Im Jahr 1986 kam es in einem Müll-Ofen zu einer Detonation, bei der Nitrose freigesetzt wurde. 1980 schließlich explodierten Stoffe im Anlieferungs-bunker. Sie töteten einen Bagger-Fahrer und zerstörten das „Entsorgungszentrum“ zum größten Teil. Alles, was heute der Chem„park“ ist mit seinen rund 70 Firmen, nahm ursprünglich der BAYER-Konzern mit seinen Produktionsanlagen allein in Beschlag. Den dabei anfallenden Giftmüll verbuddelte er lange Zeit einfach. 1957 dann nahm das Unternehmen die erste Vorrichtung zur Sonder-

abfall-Verbrennung in Betrieb. Neue Öfen folgten in den Jahren 1967 und 1976. Eine Generalüberholung der Verbrennungsanlage 1 führte der Chemie-Riese 1989 durch, die der Verbrennungsanlage 2 1991/92. Da die beiden Vorrichtungen aber immer noch mehr Schadstoffe in die Luft bliesen, als die 17. Bundesimmissionsschutz-Verordnung (BlmSchV) erlaubte, musste BAYER 1995 „eine weitere Nachrüstung der Rauchgas-Reinigung“ vornehmen. Im Jahr 2016 erfolgte die bisher letzte Sanierung für rund vier Millionen Euro. Dabei wurde unter anderem ein sechs Meter langer Abschnitt eines Ofen-Drehrohres ersetzt.

Müll als Geschäft

Im Lauf der Zeit veränderte sich auch der Status der Produktionsrückstände – aus dem Müll wurde ein Geschäft. Noch aus den entlegensten Erdteilen versuchten die Manager*innen gefährliche Produktionsrückstände zu akquirieren. Dazu erweiterten sie ständig die Kapazitäten der Öfen. Zuletzt war dies 2012 der Fall. Da stieg das Fassungsvermögen von 80.000 Tonnen auf 120.000 Tonnen. Die Lieferungen bestanden nämlich immer weniger aus heizwert-reichen Abfällen, bei deren Verbrennung eine als Energie nutzbare Wärme entsteht. Deshalb brauchte der Entsorger mehr Masse. „Der Energie-Ausgleich muss bei uns mit mehr Menge erfolgen, um unsere Verbrennungsanlage weiter wirtschaftlich betreiben zu können“, so der damalige CURRENTA-Sprecher Mark Mätschke. Diese Vergrößerungen machten riesige Tank-Anlagen als Zwischenlager-Stätten nötig. Wenn sich die Service-



unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

*Kommunistische Standpunkte,
marxistische Analysen –
Woche für Woche.*

www.unsere-zeit.de • www.uzshop.de
E-Mail: abo@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 17788915 • Fax: 0201 17788928

Jetzt
probelesen!
Digital &
Print

Gesellschaft darauf beschränkt hätte, nur den im Chem„park“ selbst regelmäßig anfallenden Sondermüll zu verbrennen, hätte es solch großer Vorrichtungen gar nicht bedurft, aber da war die Profit-Gier BAYERs vor. Wegen dieses Eifers, aus der Beseitigung von Fabrikationsresten einen blühenden Geschäftszweig gemacht zu haben, bezeichnete die ehemalige NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn den Leverkusener Multi deshalb einmal als „Müllstaubsauger“.

Und noch etwas anderes veränderte sich über die Jahre. Durch Produktionsverlagerungen bzw. -schließungen oder kleiner dimensionierte Neu-Anlagen entstanden auf dem Werksgelände immer mehr Freiflächen. Da machte BAYER aus der Not eine Tugend bzw. einen Chem„park“. Es wandelte sein Werk-Areal zu einem offenen Gewerbe-Gebiet um und warb andere Chemie-Firmen als Mieter an. Auch der Konzern selbst wandelte sich. Das Unternehmen gab sich im Jahr 2002 eine Holding-Struktur mit selbstständig arbeitenden Einheiten, um sich leichter von Unternehmensteilen trennen zu können. Das „Park“-Management inklusive „Müllabfuhr“ fiel dabei der Dienstleistungstochter BAYER INDUSTRY SERVICES (BIS) zu. Im Jahr 2005 stieß der Multi dann seine Chemie-Sparte und Teile des „Plaste & Elaste“-Segments ab. Im Zuge dessen gab er der fortan unter LANXESS firmierenden Abspaltung 40 Prozent der BIS-Aktien mit auf den Weg. Drei Jahre später verschwand „BAYER“ aus dem Namen, CURRENTA nannte sich die Service-Gesellschaft nun. Und 2019 schließlich



Die CBG auf der Kundgebung der MLPD zur Chemie-Katastrophe

veräußerten BAYER und LANXESS ihre Beteiligungen an die australische Investmentbank MACQUARIE, genauer: an MIRA, den Infrastruktur-Fonds des Geldhauses. Ein langfristiges Engagement stellte dieser jedoch nicht in Aussicht. „Wir gehen von einer Haltedauer von zehn bis zwölf Jahren aus“, so Deutschland-Chef Hilko Schomerus damals. Aber immer noch unterhält der Leverkusener Multi vielfältige Geschäftsbeziehungen zu seiner Ex-Tochter und lässt beispielsweise seine Produktionsrückstände weiter von ihr entsorgen. Er wähnt diese bei einem Finanzmarkt-Akteur nach wie vor in guten Händen. „BAYER erklärt auf Anfrage, man gehe davon aus, dass sich an den Sicherheitsstandards nach dem

Verkauf nichts geändert habe“, meldete die *Rheinische Post*. Es gäbe Sicherheitsvereinbarungen, erklärte der Agro-Riese der Zeitung gegenüber, überdies behielten die verantwortlichen Manager*innen sich Kontrollen vor. Und die CURRENTA versicherte ebenfalls, die Schutzmaßnahmen seien „nie heruntergefahren worden“. Aber offensichtlich reichten schon die bestehenden nicht aus.

Dienstbare Politik

Und dafür hat BAYER so einiges getan. „Chemie-Anlagen sind keine Schokoladen-Fabriken“, bekundete der damalige Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider 1994 auf der Hauptversammlung und insinuierte auf diese Weise, Anwohner*innen

Nachhaltig, fair & verantwortungsvoll.

Wir sind die Ökopioniere seit 1989 mit dem Einkaufsführer für nachhaltigen Konsum und gutes Leben.



GUTSCHEIN

Bitte gewünschte Ausgabe(n) ankreuzen, Ihre Adresse und € 1,55 Porto pro Buch in Briefmarken an uns senden. Um den Gutschein per E-Mail einzulösen, mailen Sie an info@greenya.de

- Nord-Ost (HH, SH, MV) Nord-West Jubiläumsausgabe
 Ost (MV, BB, Berlin, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen)

Weitere Ausgaben sind in Vorbereitung.

greenya Verlag OHG | Lasbeker Str. 9 | 22967 Tremsbüttel
 Fon +49 (0) 4532 - 21402 | Fax +49 (0) 4532 - 22077
info@greenya.de | www.greenya.de

greenya f. Stichwort Bayer 09.09.20





und Beschäftigte hätten die Risiken und Nebenwirkungen dieser Art der Produktion als Schicksal hinzunehmen. Gegen schärfere Sicherheitsvorschriften setzte sich BAYER stets mit allen Mitteln zur Wehr. So gelang es dem Konzern etwa, den nordrhein-westfälischen Abstandserlass, der nach mehreren Beinahe-Katastrophen keine gefährlichen Fertigungsstätten in der Nähe von Wohngebieten mehr zulassen wollte, zu verwässern. Bestehende Werke nahm die Landesregierung auf Druck des Unternehmens ausdrücklich von den Regelungen aus. Angemessene Abstände und eine scharfe Kontrolle aller Störfall-Betriebe sahen schließlich auch die verschiedenen Seveso-Richtlinien vor, welche die Europäische Union nach dem verheerenden Chemie-Unglück, das sich 1976 in der Nähe der italienischen Stadt Seveso ereignet hatte, auf den Weg brachte. Dagegen oppo-

nierte der Multi ebenfalls. Er sprach sich gegen die festgeschriebene Prüfung aller zu einer Firma gehörigen Anlagen aus und kritisierte den bürokratischen Aufwand. Die Aufsichtsbehörden sollten nicht auf Zwangsmaßnahmen setzen, sondern auf ein „partnerschaftliches Miteinander“, meinte die Aktien-Gesellschaft. Und die Politik spielte mit, von der obersten bis zur untersten Ebene. Der Bund etwa nahm sich bei der Umsetzung der Seveso-II-Richtlinie in deutsches Recht lange Zeit und ließ dabei nicht selten Lücken, weshalb die EU die Bundesrepublik im Jahr 2000 verklagte. Zudem wollte die Bundesregierung die Seveso-Vorgabe der angemessenen Abstände in einer Technischen Anweisung (TA) konkretisieren. Aber dazu kam es nicht, da BAYER & Co. Sturm liefen. Der „Bundesverband der deutschen Industrie“ (BDI) formulierte damals seine Bedenken in einem Positions-

papier. Demnach sollte der Sicherheitsabstand nur eine von vielen Möglichkeiten sein, die von Störfällen ausgehenden Gefahren zu reduzieren und eine Unterschreitung auf keinen Fall zur Nichtgenehmigung einer Anlage führen. Andernfalls wäre „im Widerspruch zu § 3 Abs. 1 der 12. BImSchV die Tolerierbarkeit des Restrisikos aufgehoben“, so der BDI. Es galt für ihn lediglich, „die Eintrittswahrscheinlichkeit eines Störfall auf ein tolerierbares und sozialadäquates Maß“ zu reduzieren: „Das heißt, dass ein Restrisiko verbleibt.“ Zudem trat die Lobby-Organisation dafür ein, bei der „Definition der Schutzobjekte“ das Augenmaß zu wahren. Überdies muss für den Bundesverband bei Genehmigungsverfahren „darauf geachtet werden, dass es nicht zu Verzögerungen und Kostensteigerungen“ durch die Regelung kommt. Das Bundesumweltministerium führte dann ein Planspiel zur Realisierung der TA Abstand durch, das einen schlechten Ausgang nahm. So blieb alles beim Alten, und Einzel-Gutachten beurteilten wie eh und je jeweils konkret das Gefährdungspotenzial eines Vorhabens für die Umgebung. Am BAYER-Standort Dormagen erzielte die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) dennoch einmal einen Erfolg. Im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens für ein Kunststoff-Werk monierte sie den zu geringen Sicherheitsabstand der Anlage zu Wohnsiedlungen und Verkehrseinrichtungen. Daraufhin holte die Bezirksregierung ein Gutachten ein, das Handlungsbedarf erkannte, und der Leverkusener Multi musste bei der S-Bahn-



Seit mehr als 40 Jahren bringt die **ila** kritische Analysen zur Politik, Wirtschaft und Kultur Lateinamerikas.

Wir berichten aus der Perspektive der sozialen Bewegungen und all der anderen Kräfte, die für Alternativen zum neoliberalen Modell kämpfen.

Wer mehr über die **ila** wissen will, kann uns gerne auf unserer Website besuchen.
www.ila-web.de



Station „Dormagen BAYER-Werk“ einen Schutzraum errichten.

Dienstbare Kommunen

Die Kommune selber hält dagegen ebenso ungerne Distanz zu BAYER wie Leverkusen. Die Städte fühlen sich durch die Seveso-Richtlinien nämlich in ihrem Aktionsradius bei der Ausweisung von neuen Wohn- oder Gewerbegebieten eingeschränkt. Deshalb versuchen sie sich durch Gutachten Handlungsraum zurückzuerobieren. Zu diesem Behufe beauftragte Leverkusen vor einigen Jahren den TÜV, die Chancen für die Entwicklung Wiesdorfs zu eruieren. Das TÜV-Gutachten erklärte dann zwar die unmittelbar an den Chem„park“ angrenzenden Flächen, die Planungszone 1, zur No-Go-Area, in der keine Bebauung mehr gestattet ist, gab ansonsten aber Entwarnung. „Im Ergebnis des ersten Arbeitsschrittes konnten durch die Detailbetrachtung im technischen Gutachten die Abstände zum Teil deutlich reduziert werden“, vermeldete der „Technische Überwachungsverein“ erfreut. Nach der bisherigen Richtgröße, dem von der Kommission für Anlagensicherheit (KAS) pauschal festgelegten „Achtungsabstand“, wäre die Bannmeile nämlich deutlich breiter ausgefallen. Nunmehr aber unterlag die vom TÜV umrissene Planungszone 2 jetzt nur noch wenigen Auflagen. Und auf der Basis dieser Festlegungen erstellte Leverkusen schließlich einen Entwicklungsplan für das Stadtgebiet. Die Bezirksregierung Köln beobachtete dieses Treiben mit einiger Sorge. So kritisierte ihr Immissionsschutz-Experte Wolfgang



CURRENTA-Chef Lars Friedrich bei der Pressekonferenz nach der Explosion

Raffel laut *Leverkusener Anzeiger* „den Leverkusener Trend, in Gefahrenbereichen zu bauen“.

Ansonsten aber zeigt auch die Behörde keinen übermäßigen Ehrgeiz, die Anwohner*innen vor den Risiken und Nebenwirkungen der Chemie-Produktion zu schützen. Die Kapazitätserweiterung der Öfen von 80.000 auf 120.000 Tonnen winkte sie 2012 durch, ohne dabei die vom gesamten „Entsorgungszentrum“ ausgehenden Gefährdungen mit zu berücksichtigen. „Spezielle über den Antragsgegenstand hinausgehende Anforderungen an die Sicherheitstechnik wurden im Genehmigungsbescheid nicht festgelegt“, erklärte die Bezirksregierung laut *report-K*. Dadurch versäumte sie es, insbesondere das Tanklager mit den dicht nebeneinander stehenden Tanks auf die Gefahr möglicher

kettenreaktionen hin zu untersuchen, obwohl schon die zu der Zeit geltende Seveso-II-Richtlinie eine Prüfung etwaiger Domino-Effekte vorschrieb. Das Tanklager selbst sahen sich die Kontrolleur*innen zuletzt im Januar 2016 an und waren damit bereits nach einer Stunde fertig. Seither nahm die CURRENTA insgesamt neun bauliche Eingriffe vor. Genehmigungsverfahren brauchte es dafür aber nach Ansicht der Bezirksregierung nicht. Sie schaute nur mal kurz drüber. „Die technischen Änderungen wurden zeitnah nach der Installation in Augenschein genommen“, erklärte sie. Die letzte Störfallinspektion des gesamten Areals fand 2018 statt. Und auch bei dieser Gelegenheit musterte die Bezirksregierung die Tanks nicht genauer. Es handelte sich da nach Angaben der Landesregierung nämlich nur



institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. **analysen. fakten. argumente.**



Im globalen Wettlauf um neue Märkte zieht sich die Markt- und Datenmacht der GAFAM-Unternehmen (Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft) durch alle Bereiche des politischen und sozialen Lebens. Sie findet ihren Ausdruck im Einfluss dieser Unternehmen auf politische Entscheidungsprozesse und Datenschutzregularien, auf sich ändernde Konzepte von Arbeit sowie in Debatten zur Zukunft des Journalismus.

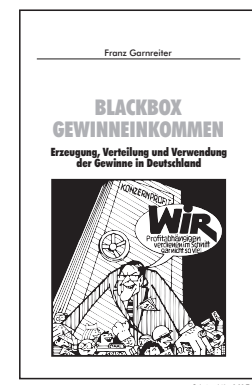
isw-report 126 Sept. 2021 / 32 S. / 3,50 EUR + Versand

Über Gewinneinkommen weiß man aus der Statistik der Volkswirtschaft fast nichts. *isw-spezial 35* versucht, etwas Licht in diese Blackbox zu bringen: Dargestellt wird die Entstehung der Gewinne in den verschiedenen Branchen und ihre zeitliche Entwicklung; das Selbständigeneinkommen wird von der Kapitalrendite abgegrenzt und die Verwendung der Gewinneinkommen wird skizziert.

isw-spezial 35 Sept. 2021 / 32 S. / 3,00 EUR + Versand

Alle isw-Publikationen: **www.isw-muenchen.de**

isw e.V., Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München.
fon 089-130041, fax 168 94 15, isw_muenchen@t-online.de



isw **SPEZIAL-NR. 35**
Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V.

um eine „System-Prüfung, d. h. es wird kein einzelner Tank überprüft, sondern es wird überprüft, ob die grundsätzlichen technischen und organisatorischen und management-spezifischen Vorkehrungen des Betreibers geeignet sind, Störfälle zu verhindern“. Die nächste, turnusmäßig für 2020 vorgesehene Kontrolle ließ die Bezirksregierung ausfallen und holte sie auch im April 2021 nicht komplett nach. Wegen der Corona-Pandemie fand lediglich eine Video-Konferenz statt. Einen Lokaltermin hatten die Beamt*innen erst für August angesetzt. Aufgeschreckt durch die Ereignisse vom 27. Juli kontrollierte die Bezirksregierung Köln jetzt wenigstens einmal CURRENTAs Entsorgungszentrum in Dormagen und beauftragte damit gleich zwei Überwachungsteams. „Bei der Inspektion wurden keine Mängel festgestellt“, gab sie anschließend Entwarnung.

Die Reaktionen

„Der Unfall in unserem Entsorgungszentrum in Leverkusen hat uns alle zutiefst erschüttert. Es ist furchtbar, was hier passiert ist“ erklärte die CURRENTA nach der Explosion und hielt fest: „Es ist unsere Aufgabe, den Unfall umfassend aufzuklären. Dabei unterstützen wir die Behörden mit aller Kraft.“ Für den LANXESS-Konzern – bis 2019 gemeinsam mit BAYER Eigentümer der CURRENTA– äußerte sich der Vorstandsvorsitzende Matthias Zachert. Er nannte die verstorbenen und verletzten Beschäftigten „de facto ehemalige Schwestern und Brüder“ und sprach von einem emotionalen Schock. Solche Worte waren von BAYER-Chef Werner Baumann

nicht zu vernehmen. Er beließ es bei einer routinierten Beileidsbekundung: „Unser tiefempfundenes Mitgefühl gilt allen, die bei diesem schrecklichen Unfall zu Schaden gekommen sind. Unsere Gedanken sind auch bei den Familien der Betroffenen“. Ansonsten galt Business as usual. Sogar BAYER 04 Leverkusen lief schon am Tag nach der verheerenden Explosion auf, denn der Rasen war beispielbar, wie eine Überprüfung ergeben hatte: kein Partikel-Niederschlag.

Der Vorsitzende der IG BERGBAU, CHEMIE, ENERGIE (IG BCE), Michael Vassiliadis, nannte die Explosion im Tanklager „ein tragisches, furchtbares Unglück“ und versicherte den Betroffenen und ihren Familien seine Anteilnahme. Detlef Rennings forderte als Betriebsratsvorsitzender der CURRENTA Transparenz ein. „Als Betriebsräte erwarten wir, dass die Ursachen detailliert aufgeklärt werden. Wir müssen verstehen, wie es zu dem Unfall kommen konnte. Denn eines ist klar: So etwas darf nie wieder passieren“, sagte er. Dafür will Rennings zufolge auch der Betriebsrat sorgen: „Natürlich werden wir uns dafür einsetzen, dass aus den Erkenntnissen konkrete Maßnahmen abgeleitet werden und dass wir als Unternehmen und Belegschaft daraus lernen.“ Die SPD-Fraktionsvorsitzende im Leverkusener Stadtrat, Milanie Kreutz, zeigte sich völlig überrascht von dem Ereignis: „Wir haben immer darauf vertraut, dass die Sicherheitsmaßnahmen ausreichend sind.“ Jetzt stimmt die Chemie für sie nicht mehr so ganz, ein einfaches Weiter-so schloss Kreutz dem *Spiegel* gegenüber aus. „Wir

müssen trotz freundlichem Miteinander unsere Kontrollfunktion bei der Aufklärung ausüben“, so Kreutz. Ihr Partei-Kollege Karl Lauterbach, Bundestagsabgeordneter mit Wahlkreis Leverkusen-Köln IV, betrachtete die Stadt dagegen immer schon als gefährdet. „Hier kommt einfach einiges zusammen, was Leverkusen zu einer Hochrisiko-Stadt gemacht hat“, konstatierte er und mahnte: „Für künftige Bauvorhaben sollte nach diesem Vorfall genauer geprüft werden, ob Müllverarbeitungsanlagen so nah an einer Stadt errichtet werden dürfen.“ Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Josef Neumann verlangte derweil von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), die Explosion zur Chef-Sache zu machen. „Wir müssen wissen, wie es um die Sicherheit solcher Anlagen steht (...) Konkret muss jetzt geklärt werden, ob die Anlage in Leverkusen allen aktuellen Standards und den Auflagen der Sicherheit entsprochen hat“, so Neumann. Und für Norwich Rüße, den umweltpolitischen Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, steht schon fest, dass es Handlungsbedarf gibt: „Klar ist bereits jetzt: Dieser erneute Störfall in einem Chemie-Betrieb muss Anlass sein, störfall-anfällige Chemie-Anlagen weiter in puncto ‚Sicherheit‘ zu optimieren.“

Zu dieser Einschätzung war das Umweltbundesamt auf der Basis einer umfassenden systematischen Auswertung von 13 Störfällen schon vorher gekommen. Die Mängelliste umfasst zahlreiche Faktoren, und nicht wenige davon treffen auch auf die Chemie-Katastrophe vom 27. Juli zu.

Nach der Wahl: Wettlauf gegen die Zeit | Frank Adloff und Sighard Neckel in den neuen »Blättern«

Probabo 2 Monate nur 10 €

Blätter für deutsche und internationale Politik

Einzelheft 10 €
Abbo 6,55€/3,10 €

10'21

China anno 2049: Klimaopter statt Kriegsmacht
Michael T. Klare

Haiti: Trümmer des Interventionismus
Katja Maurer

Italien: Super Marios großer Plan
Susanna Böhme-Kubly

Das Comeback des Privilegs
Markus Rieger-Ladich

Männerrechte oder rechte Männer?
Thomas Gesterkamp

Dekolonisieren heißt differenzieren
Andreas Eckl und Matthias Häußler

Nach der Wahl: Der Wettlauf gegen die Zeit
Frank Adloff und Sighard Neckel

Weltordnung ohne Hüter
Herfried Münkler

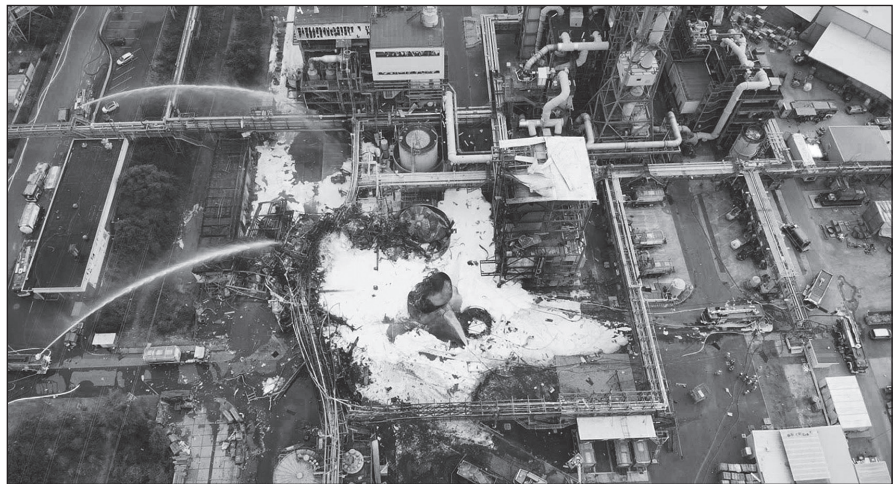
Mehr auf www.blaetter.de

Auf betrieblicher Ebene machte die vom UBA in Auftrag gegebene Untersuchung ein Regelungsdefizit bei Kontrollen und der Umsetzung von Auflagen aus. Darüber hinaus hapert es der Studie zufolge bei der „systematischen Risiko- und Gefahrenanalyse“. Als ein Beispiel dafür nennt sie bei einem Vorfall eine unzureichende sicherheitstechnische Bewertung eines Druckanstiegs in einem Kälte-Aggregat. Zudem stießen die Autor*innen oft auf eine Betriebspraxis, die von der genehmigten Auslegung der Produktionsstätte abwich. Auch die Arbeitsbedingungen identifizierten sie als Risiko für Unfälle. Den Einsatz von Fremdfirmen, ohne die Beschäftigten ausreichend einzuweisen, machte die Expertise ebenfalls als Schwachstelle aus. Überdies fehlt es ihr zufolge häufig an einem „Alterungsmanagement“ der Anlagen, weshalb Instandhaltungsmaßnahmen ausbleiben. Und schließlich kristallisierte sich „bei einem Teil der Ereignisse eine erhöhte Kontrolle durch Aufsichtsbehörden (...) als Verbesserungspotenzial“ heraus.

Die CBG-Aktivitäten

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) hatte ab dem 27. Juli turbulente Wochen. Sie veröffentlichte noch am Tag der Explosion eine Presseerklärung und ließ weitere, etwa zur Sondersitzung des NRW-Umweltausschusses im Landtag, folgen. Unzählige Medien-Anfragen beantwortete das konzern-kritische Netzwerk und gab viele Interviews. Zudem versorgte sie Journalist*innen mit Informationen und wies sie zum Beispiel auf die Mängel bei den Anlagen-Kontrollen der Bezirksregierung Köln hin.

Gemeinsam mit der aktion ./ arbeitensrecht verlangte sie in einem Offenen Brief an die CURRENTA genauere Auskünfte über die Beschäftigungsverhältnisse zum Zeitpunkt des Unglücks und wollte beispielsweise wissen, wie hoch der Anteil der Leiharbeiter*innen war. Einen zweiten Offenen Brief adressierten die beiden Initiativen an den WDR, um die oberflächige, unkritische Berichterstattung zu geißeln. Den längsten Offenen Brief, diesmal von der CBG allein verfasst, erhielt der Leverkusener Multi. Dieser steht nach Ansicht der Coordination trotz der 2019 erfolgten Trennung von der CURRENTA nämlich immer noch in der Verantwortung, nicht nur weil das Tanklager und die Müll-Ofen von ihm stammten. Es war „der BAYER-Konzern, der für den Chem„park“ in Leverkusen und die anderen Chem„park“-



Standorte das Nutzungskonzept, die Organisationsstruktur und die Sicherheitsarchitektur entwickelt hat“, hieß es in dem Schreiben unter anderem.

Und natürlich war die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN vor Ort in Leverkusen. Am 2. August stieß sie zu einer von der Partei MLPD initiierten Kundgebung, und am 21. September veranstaltete sie die Podiumsdiskussion „Wie weiter nach der Explosion?“ Daran nahmen neben dem Verfasser dieser Zeilen der GREENPEACE-Schadstoffexperte Manfred Santen, Hanno Raussendorf als umweltpolitischer Sprecher der Partei „Die Linke/NRW“ und Beate Hane-Knoll, die Bundestagskandidatin von „Die Linke“ für den Wahlkreis Leverkusen-Köln IV, teil. Rund 50 Besucher*innen kamen ins Forum Leverkusen. Die Anwohner*innen waren von dem Ereignis immer noch merklich aufgewühlt und hatten auch allen Grund dazu. Beispielsweise klagten

manche – zwei Monate danach – immer noch über Geruchsbelästigungen. Es liegt also immer noch Chemie in der Luft – allen Beteuerungen der CURRENTA und des LANUVs zum Trotz. Der Umgang des Chemie„park“-Betreibers und der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung mit der Katastrophe gehörte dann auch zu den zentralen Kritikpunkten von Podium und Publikum. Auch deckte der große Knall für den Saal das eklatante Versagen der Behörden bei der Kontrolle von störfallanfälligen Anlagen auf. Zudem machte er deutlich, welche Gefahren es birgt, aus der Müllentsorgung ein lukratives Geschäftsfeld zu machen. Und schließlich führte er das Fehlen scharfer politischer Regelungen vor Augen – ein dem unermüdlichen Lobby-Einsatz von BAYER & Co. geschuldeter Mangel. So lautete das Fazit an dem Abend dann auch: Der Risiko-Faktor Nr. 1 ist eine dem Profit-System folgende Wirtschaftsweise. ←

Z.

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

2021: Z. 126: Kritik des Intersektionalismus **Z. 125:** Gesundheitssystem und Corona-Krise

2020: Z. 124: Kritik der Extremismustheorie **Z. 123:** Corona-Krise und Kapitalismus / Jugend und Politik / DDR 1989/99 – Sozialismus-Bilanz **Z. 122:** Engels 1820-2020 / Corona-Krise **Z. 121:** Strategieebatten / Lateinamerika

2019: Z. 120: Geschlechterverhältnisse / Rechtspopulismus **Z. 119:** Klimakrise II: Was tun im Treibhaus? / 1989 – das letzte Jahr der DDR / EU-Wahlen **Z. 118:** Hegemonieveränderungen in der Weltwirtschaft – Neue Konfliktfelder / Kapitalismustheorie **Z. 117:** Kontrollverlust? Krise der Parteien und sozialer Protest

2018: Z. 116: Neue Klassendiskussion **Z. 115:** Von der Novemberrevolution zum „deutschen Oktober“

Z. erscheint vierteljährlich mit je 224-248 Seiten
 Einzelheft: 10 Euro. Abo: 35 Euro
Bestellung: www.zme-net.de, Postf. 700346, 60553 Frankfurt/M., redaktion@zme-net.de

Transformationskrise

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Nr. 127, September 2021

Transformationskrise: Goldberg – Neoliberale Entwicklungsphase/Schramm – Neues wirtschaftspolitisches Paradigma?/Schwan Bleibt alles anders?/Wahl – Vor turbulenten Zeiten/Leisewitz/Lütten – Sozialstruktur BRD (I)/Laßhof – Pragmatische Adoleszenz Butterwege – Armut – Reichtum/ Ehling – Liberalisierung und rechte Gegenreaktion

Und: Weber – Pharmakonzerne enteignen? Krüger – Wert, Wertgröße und Wertgesetz; Deppe – Sozialismus – Rückblick und Ausblick/Giacché – Rückkehr der Institutionen/Czitrich-Stahl/Holze – Kapp-Lüttwitz-Putsch/Boris – Faschismus und Massengesellschaft (I)/Müller – Nicht-ökonomische Erklärungen des Geldes

Neue Studien zu Arznei-Tests mit Heimkindern

BAYERs Versuchskaninchen

Eckhard Kowalke, Franz Wagle, Dr. Klaus Schepker und Günter Wulf im Herz der Finsternis, dem BAYER-Archiv

In den 1950er und 1960er Jahren haben BAYER, MERCK & Co. Psychopharmaka und andere Medikamente an Anstaltskindern testen lassen. Das ganze Ausmaß dieser Menschenversuche mit Wehrlosen dokumentieren jetzt zwei neue Studien.

Von Marius Stelzmann

„Ethische oder rechtliche Bedenken waren weder von Herstellerseite noch von Seite der klinisch Tätigen und der Aufsichtsbehörden nachweisbar“ – das ist der Befund der neuen Studie von vier Wissenschaftler*innen über die Medikamentenversuche von BAYER & Co. in dem Zeitraum von 1949 bis 1975. Die Pharmazeutin Sylvia Wagner hatte das Thema mit ihren Recherchen über die Tests in Psychiatrie-Einrichtungen mit Kindern und Jugendlichen, die zumeist aus Heimen stammten, in die Öffentlichkeit gebracht. (SWB 1/17) Die Medien berichteten breit, und nach einiger Zeit entschloss sich das

Land Schleswig-Holstein, das Ausmaß der Pharmazeutika-Prüfungen in seinen Breiten untersuchen zu lassen. Den Auftrag dazu vergab es an Christof Beyer, Cornelius Borck, Jonathan Holst und Gabriele Lingelbach vom „Institut für Medizingeschichte und Wissenschaftsforschung“ der Universität zu Lübeck.

Auf nicht weniger als 41 Arznei-Erprobungen vor Markteinführung und 34 Anwendungsbeobachtungen in schleswig-holsteinischen Einrichtungen der Behindertenhilfe sowie Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrien stießen die Forscher*innen in den Akten. Diese

Testreihen fanden unter anderem im Landeskrankenhaus Schleswig, dem Städtischen Krankenhaus Lübeck-Ost, in der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Kiel, in den kirchlichen Ricklinger Anstalten und dem Psychiatrisch-Neurologischen Krankenhaus Kropp der Diakonie statt. In Stadtfeld, Hesterberg, Neustadt und Heiligenhafen mussten sich die Menschen ebenfalls als Versuchskaninchen für die Pharma-Konzerne hergeben. 21 der Forschungsarbeiten wurden dabei mit Neuroleptika, Antidepressiva und anderen Medikamenten aus dem Hause BAYER bestritten. Zum Einsatz kamen unter an-

derem MEGAPHEN, AOLEPT, NEUROCIL, ATOSIL, DIBUTIL, PADISAL und DEBENAL. Mit den Versuchen versuchte sich der Leverkusener Multi im Kampf um Marktanteile zu behaupten. So heißt es in der Lübecker Studie: „Im Rahmen einer Marktanalyse für Phenotiazine stellte Hersteller BAYER im Oktober 1958 fest, dass Umsatz-Rückgänge im Geschäft mit MEGAPHEN mit den ‚massiven Bemühungen der Konkurrenz‘ zu begründen seien, mit ihren neuen Produkten ‚ins Geschäft zu kommen‘.“ Also mussten neue Medikamente her, um die Vorherrschaft auf dem Markt zu sichern. Aber so einfach war das für den Pharma-Riesen nicht. „Ein Produkt hat aufgrund unserer Prüfungserfahrungen nur dann Aussicht, auf klinisches Interesse zu stoßen, wenn es sich von MEGAPHEN in zwei Punkten unterscheidet: 1. bei gleicher Wirkung bessere Verträglichkeit 2. Indikationen, die über die des MEGAPHEN hinausgehen“, zitieren Beyer und seine Kolleg*innen aus konzern-internen Papieren. Klar hält ihre Untersuchung BAYERs Motivation fest: Die Profitmaximierung. „Insgesamt galt es hier also für BAYER, gegenüber neuen Konkurrenzprodukten auch in der kommenden Zeit ‚ein ertragreiches Gebiet zu verteidigen‘“, so die Forscher*innen. Und klar wird auch, dass der Konzern dabei ein Problem ausmachte: Ein neues Medikament würde nur dann „echten Umsatzzuwachs“ bringen, wenn es neue Anwendungsgebiete erschließen würde.

Der Bericht der Universität Lübeck beschreibt in knappen Sätzen, wie der Wettbewerbsdruck, der durch die dem maximalen Profit verpflichtete kapitalistische Medikamentenproduktion entstand, die Konzerne zu den Tests mit Minderjährigen, Heimkindern und anderen schutzlosen Menschen trieb. „Insofern kann festgehalten werden, dass das Interesse an der Etablierung des jeweils eigenen Produkts auf dem seit den 1950er Jahren neu entstehenden Markt der Psychopharmaka die Haltung der pharmazeutischen Firmen zu Medikamenten-Erprobungen und Anwendungsbeobachtungen ausmachte“, resümiert die Expertise. Darüber hinaus belegen Dokumente aus den christlichen Ricklinger-Anstalten, dass dabei eine Abwägung zwischen den vorhandenen Finanzmitteln, der notwendigen Menge an sedierenden Mitteln wie MEGAPHEN, der Personalanzahl und dem Ausbildungsstand stattgefunden hat. Das bedeutet: Statt Personal in der notwendigen Menge und mit ausreichender Ausbildung



Das ehemalige Landeskrankenhaus Schleswig

anzustellen, um eine menschenwürdige Betreuung der Patient*innen sicherzustellen, wurden diese einfach sediert – eine billige, aber die Lebensperspektiven der Kinder und Jugendlichen zerstörende Lösung, weil sie sich natürlich auf die Auffassungsgabe und Entwicklung allgemein ausgewirkt hat.

Im BAYER-Archiv

Recherchen, die Dr. Klaus Schepker gemeinsam mit den Betroffenen Eckhard Kowalke, Franz Wagle und Günter Wulf in den BAYER-Archiven vorgenommen hat, bestätigen die Befunde der Lübecker Wissenschaftler*innen. Aber der Konzern öffnete den vieren seine Türen nicht einfach so. Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, welche die ehemaligen Heimkinder seit Ende 2018

im Kampf um ihr Recht auf Anerkennung des erlittenen Leids und eine angemessene Entschädigung unterstützt (siehe SWB 1/20), hatte das Quartett im Jahr 2019 zur BAYER-Hauptversammlung eingeladen. Und als dort Kowalke, Wagle und Wulf ans Redner*innenpult traten und ihre Geschichte erzählten, ging anschließend ein Raunen durch den Saal. Danach sprachen entsetzte Aktionär*innen die drei an, und auch BAYER reagierte. Ein Vorstandsmitglied sicherte den Ex-Heimkindern zu, sie könnten in den Archiven nach dokumentarischen Belegen für Medikamentenversuche des Konzerns forschen.

Und dort wurden sie dann auch nicht zu knapp fündig, wie ihr Bericht dokumentiert. Er belegt die ungeheueren Kreativität des Unternehmens dabei, seinen Arzneien neue Absatzgebiete zu erschließen. Weit-

contraste
zeitung für selbstorganisation
445 38. JAHRGANG OKTOBER 2021 4'50 EUR



SCHWERPUNKT
350 Jahre
selbstorganisiert:
Die Quäker

www.contraste.org





Günter Wulf im Jahr 2019 auf der BAYER-Hauptversammlung

reichende und schwammige Krankheitsbilder wurden für die neuen Medikamente als Behandlungsfelder ausgemacht. Das im Zuge dessen benutzte Vokabular lässt allzu oft an die Ideologie des gerade erst von den Alliierten niedergerungenen Faschismus denken. So wurde von BAYER die „dämpfende Wirkung“ der Arzneien MEGAPHEN und AOLEPT gegen „gesellschaftsfeindliches Verhalten“ angepriesen. Auch heißt es in einem betriebsinternen Schreiben aus dem Dezember 1963: „Es ist sinnvoll, immer dann zu NEUROLEPTIL (französischer Name von AOLEPT) zu greifen, wenn ein Patient widerspenstig und wenig umgänglich ist, oder wenn er leicht reizbar ist und zu heftigen, oft gefährlichen Reaktionen neigt, mit einem Wort, bei gesellschaftsfeindlichen Personen.“

Arzneien statt Betreuung

Dr. Klaus Schepker schreibt zu der Auswertung der Dokumente: „Den psychia-

trischen Anstalten wurde vermittelt, dass sie mit dem Einsatz von Psychopharmaka „Krankenwärter“ einsparen könnten, die Patienten weniger zerstören würden und der Aufenthalt verkürzt werden könnte.“ In den Unterlagen lasse sich eine „aggressive Vermarktung von BAYER-Produkten zur Sedierung in psychiatrischen Anstalten und Heimen“ nachweisen. „Für dieses Marktsegment wurden die Psychopharmaka gezielt in Großpackungen, sogenannten ‚Anstaltspackungen‘ angeboten“, so Schepker. Diese Tatsache werde im Bericht der Uni Lübeck jedoch nicht ausreichend dargestellt, die Pharmaindustrie werde „verschont“. Schepker weist auch darauf hin, dass sich BAYERS Vermarktungsstrategie mit der Zeit änderte. Ab Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre wurden die Mittel mit der Argumentation vertrieben, Psychopharmaka seien eine sinnvolle Ergänzung von Psychotherapie. Der Konzern passte sich also den sich verändernden gesell-

schaftlichen Rahmenbedingungen an, um weiterhin gute Geschäfte mit den Produkten machen zu können. Ging es in den 50ern noch darum, „gesellschaftsfeindliches“ Verhalten zu bekämpfen sowie Jugendliche „zurück in die Gesellschaft zu führen“, war in den späten 60ern und frühen 70ern ein weniger reaktionärer Werbe-Ansatz notwendig. Die veraltete und inzwischen unübliche Herangehensweise, Kinder mit Psychopharmaka ruhigzustellen, hat leider neue bedrückende Aktualität erfahren, wie der Skandal um den Kinderpsychiater und Bestsellerautor Michael Winterhoff zeigt. Als öffentlichkeitswirksamer „Experte“ war er gern gesehener Gast in den Talkshows der Republik wie *Markus Lanz, hart aber fair* oder *Anne Will*. Sein Rezept für unzählige junge Patient*innen, die er behandelte: Pipamperon, ein sedierendes (nicht von BAYER hergestelltes) Neuroleptikum, das Kinder zwar müde und oftmals auch dick macht, nach dessen Einnahme sie jedoch widerstandslos funktionieren. Offenbar die einzige gefragte Eigenschaft für den Psychiater, der gerne und oft „frühkindlichen Narzissmus“ diagnostiziert. Das ehemalige Heimkind Günther Wulf fühlt sich durch die Vorgehensweise von Winterhoff wieder schmerzhaft an seine eigene Vergangenheit erinnert: „Ich selbst war schockiert, dass solche rigorosen und gefühlskalten Psychiater wieder in der Psychiatrie auftauchen. Was solche Psychopharmaka mit der Psyche eines Menschen anrichten können, habe ich (...) am eigenen Leibe erfahren müssen.“ Wulf schließt mit dem Appell, aktiv zu werden: „Ich will, dass gegen solche verrohten ‚Fachärzte‘ vorgegangen wird, um heutigen Patienten das zu ersparen, was wir damals erleben und erleiden mussten.“ ◀

SoZ Sozialistische Zeitung

Monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

In den letzten Ausgaben: Afghanistan: Warum die Taliban gewonnen haben · Kommunale Ansätze für eine alternative Agrarpolitik · Rund um die IAA: u. a. ein Interview mit einem Betriebsrat bei Bosch/München über die Umstellung der Produktion

Probeausgabe kostenlos
 Probeabo (3 Ausgaben) gegen 10-Euro-Schein (keine automatische Verlängerung)
 Bestellung an: VsP e.V. · Regentenstr. 57-59 · 51063 Köln
 Telefon (02 21) 9 23 11 96 · redaktion@soz-verlag.de · www.sozonline.de

INFORMIERT. DECKT AUF. MACHT MUT. BEWEGT.

STICHWORT BAYER

DAS
KONZERNKRITISCHE
MAGAZIN

WWW.STICHWORT-BAYER.DE/ABO

- Ja, ich abonniere STICHWORT BAYER (SWB) für jährlich ____ €. Personen mind. 30€, Gruppen/Institutionen mind. 60€. Höhere Beiträge helfen.
- Ich möchte SWB-Ausgaben verteilen. Bitte meldet euch bei mir!
- Ich trete dem SWB-Förderkreis bei für jährlich ____ €. Mind. 60€
- Ich will spenden! Bitte bucht den Betrag von ____ € ab. Oder online: www.CBGnetwork.org/Spenden

Vorname		Familiennamen		Geburtsjahr	
PLZ / Ort		Straße / Haus Nr.			
IBAN					
Email				Unterschrift	

Antwort an: Stichwort Bayer – Postfach 15 04 18 – 40081 Düsseldorf

Ich ermächtige die Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG), Zahlungen von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der CBG auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Wir gehen verantwortungsbewusst mit Ihren Daten um. Mit der Unterschrift wird der Verwendung der Daten entsprechend der gesetzlichen Regeln der DSGVO zugestimmt. Die den Datenschutzbestimmungen entsprechenden Regelungen finden Sie auf unserer Homepage unter www.CBGnetwork.org/datenschutz.

Kahlschlag in Berlin

BAYER entmietet

Häuserkampf gegen BAYER in Berlin-Wedding

*Der BAYER-Konzern will in Berlin einen ganzen Kiez mit rund 140 Wohnungen abreißen lassen, um auf den Grundstücken neue Gebäude für sich zu errichten. Dabei gibt es viele Alternativen, die keinen Wohnraum kosten. Dementsprechend laufen die Mieter*innen Sturm gegen die Pläne.*

*Von Jan Pehrke (mit Material der INTERESSENGEMEINSCHAFT DER BEWOHNER*INNEN DES METTMANNKIEZES)*

„BAYER nimmt billigend in Kauf, die Bewohner*innen in Not und Verzweiflung zu treiben und auf die Straße zu setzen“, heißt es in einem Offenen Brief von Mieter*innen von Wohnungen auf der Tegeler Straße und der Fennstraße in Berlin-Wedding an die Bezirkspolitiker*innen. „Wir appellieren nachdrücklich an die politisch Verantwortlichen, die Wohn-

raum-Vernichtung abzuwenden und dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen“, so Niklas Gohlke von der INTERESSENGEMEINSCHAFT DER BEWOHNER*INNEN DES METTMANNKIEZES. Nicht nur Wohnhäuser will der Leverkusener Multi dort plattmachen, um Gewerbe-Immobilien hochzuziehen, sondern auch eine KiTa mit Spielplatz im

Grünen, Künstler*innen-Ateliers, Gewerbebetriebe im zugehörigen Gewerbehof und Büroräume.

Das Gelände befindet sich in Nachbarschaft zur Betriebsfläche des Pharma-Riesen. Nach derzeitiger planungsrechtlicher Situation liegen die Häuser in einem sogenannten beschränkten Arbeitsgebiet. Sie genießen Bestandsschutz, solange

der Eigentümer das wünscht. Aber der wünscht das nicht mehr; er hat andere Pläne. Der Konzern versucht den Eindruck zu erwecken, dass durch eine millionenschwere „Erweiterung der Aktivitäten“ Arbeitsplätze gesichert werden könnten. „[D]ie Zukunftssicherheit von mehr als 1.000 Arbeitsplätzen in Berlin“ solle dadurch „langfristig und nachhaltig gewährleistet werden“, so der Agro-Riese. Allerdings gibt es auf seinem Firmen-Gelände schon Platz genug, mehr als 25 Prozent der Fläche sind unbebaut. Daher wirkt die Behauptung, dass weniger als fünf Prozent des Areals einen so unverzichtbaren Beitrag zum Erhalt des Standortes darstellen, dass er schwerwiegende existenzielle Nöte und Folgeschäden für so viele Menschen rechtfertigt, alles andere als überzeugend. Vielmehr sprechen belastbare Indizien für pure Immobilien-Spekulation. So hat BAYER erst im Mai 2021 ein Bürogebäude an der Sellerstraße mit 15.800 m² für 100 Millionen Euro an den Immobilienfonds QUEST INVESTMENT PARTNERS verkauft. Im Moment mietet das Unternehmen dieses Gebäude zu einem vergleichsweise günstigen Preis zurück. Der Mietvertrag läuft jedoch nur noch wenige Jahre – das war natürlich die Bedingung dafür, dass BAYER die Immobilie für diesen Wucherpreis an QUEST veräußern konnte – und wird in Zukunft deutlich höher ausfallen, um den Kaufpreis wieder einzuspielen. Darum hat sich der Leverkusener Multi nach etwas Neuem umgeschaut und ist auf sein eigenes Grundstück an der Tegeler Straße gestoßen. Für einen direkten Verkauf wäre es nicht in Frage gekommen, denn es hätte nicht viel eingebracht. Potenziellen Investor*innen wäre klar gewesen, dass sie diese geschichtsträchtigen Gebäude nicht einfach so hätten räumen und abreißen lassen können. Die Aktien-Gesellschaft hingegen spekuliert darauf, dass die Politik ihr den Weg frei macht, wenn sie das Arbeitsplatz-Argument aus der Tasche zieht.

Letztlich versucht BAYER sich hier also auf dem Rücken der langjährigen Mieter*innen an einer Profitmaximierung durch Immobilien-Spekulation. Das erscheint vor dem Hintergrund der milliarden-schweren Strafzahlungen in den MONSANTO-Prozessen auch irgendwie

Letztlich versucht BAYER sich hier also auf dem Rücken der langjährigen Mieter*innen an einer Profitmaximierung durch Immobilien-Spekulation.



Zum Abriss freigegeben: Haus an der Fennstraße/Am Nordhafen

logisch, stößt jedoch auf unerwartete Hindernisse. Die Mieter*innen schließen sich zusammen, gründen eine Initiative und gehen für ihre Interessen auf die Straße. Der Leverkusener Multi setzt derweil auf Repression und schickt seinen Werkschutz auf Patrouille. Aber der Mettmann-Kiez lässt sich nicht einschüchtern. 70 Menschen fanden sich Mitte September auf der Kundgebung vor den vom Kahlschlag bedrohten Häusern ein.

Die Lokalpolitik wissen die Aktivist*innen dabei hinter sich. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen brachte mit Erfolg einen Dringlichkeitsantrag in die Bezirksverordneten-Versammlung ein, der das Bezirksamt auf-

fordert, sich dafür einzusetzen, „dass die beabsichtigten Abrisse der Tegeler Straße 2-5 nicht umgesetzt und die bereits erfolgten Kündigungen der Wohnungen der Mieter*innen umgehend zurückgenommen werden.“ Aber der BAYER-Konzern, der die Häuser auf der Tegeler Straße 1,6 und 7 und auf der Fennstraße 33 und 34 vorerst stehenlassen will, weiß das Gesetz wieder mal hinter sich. „Die betroffenen Gebäude sind planungsrechtlich nicht mehr für Wohnzwecke ausgewiesen“, erklärt das Unternehmen. Darum müsste das Land Berlin ein neues Paragrafen-Werk ausarbeiten, was nicht zu erwarten steht. Aber am Tag der Bundestagswahl hat sie ein ganz neues Instrument in die Hand bekommen. Da stimmten nämlich 56 Prozent der Berliner*innen für Enteignungen von sozial unverantwortlichen Grundeigentümer*innen. ←

140 Wohnungen zum Abriss !!

Im Wedding, Tegeler Str. 1 bis 7 und Fennstr. 33-34 soll das gesamte Mettmann-Quartier mit unseren 140 bezahlbaren Altbau-Wohnungen, mehreren Gewerbetrieben, Verein und einer Kita abgerissen und die Mieter*innen auf die Straße gesetzt werden. Zum Zweck der Profitsteigerung wünscht die Fa. Bayer dort den Bau von Bürogebäuden. Ein Teil der Mieter*innen ist bereits gekündigt und teils sogar schon über der Kündigungsfrist.

→ → → Bitte macht zahlreich mit: Demozug am Montag, den 13.9. ODER Dienstag, den 14.9 um jeweils 17 Uhr von der Tegeler Str. aus geplant

→ → → Bitte **kontaktiert uns jetzt** so schnell wie möglich, dass Ihr mitmacht, damit wir den endgültigen Termin planen und Euch mitteilen können:

Mettmann-Quartier_bleibt@gmx.de

V.i.S.d.P.: Margrit Gohlke, Sprengelstr. 4, 13353 Berlin

BAYER & Co. vernachlässigen den Hochwasser-Schutz

Schadstoffe in den Fluten



Fotos: Niklas Bildhauer, CC-BY-SA 3.0

Der direkt am Rhein gelegene Dormagener Chem.,park“

Die Hochwasser-Katastrophe vom Juli 2021 hat auch die mangelhaften Schutzvorrichtungen von BAYER & Co. offenbart. So lief im Chemie.,park“ Knapsack, wo der Global Player Pestizide produziert, die Abwasser-Behandlungsanlage über und setzte Giftstoffe frei.

Von Jan Pehrke

Der Starkregen, der Mitte Juli 2021 Deutschland, Holland, Belgien und die Schweiz heimsuchte, hatte katastrophale Folgen. Durch das Hochwasser, das er auslöste, starben allein in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz über 170 Menschen. Unzählige erlitten Verletzungen. Zudem verloren Zehntausende ihr Hab und Gut. Die Schäden an Häusern, Fabriken, Straßen, Brücken und Gleisen gehen in die Milliarden.

Auch im Chemie.,park“ Knapsack südwestlich von Köln, wo BAYER Pestizide produziert war „Land unter“. „Durch die extremen Wassermassen kam es zu Erdrutschen und einer vollständigen Überschwemmung des Geländes“, meldete der Betreiber YNCORIS. Und zu noch etwas anderem kam es: Die Abwasser-Behandlungsanlage lief über, was den „Abfluss erheblicher Mengen Niederschlagswassers sowie Abwassers“

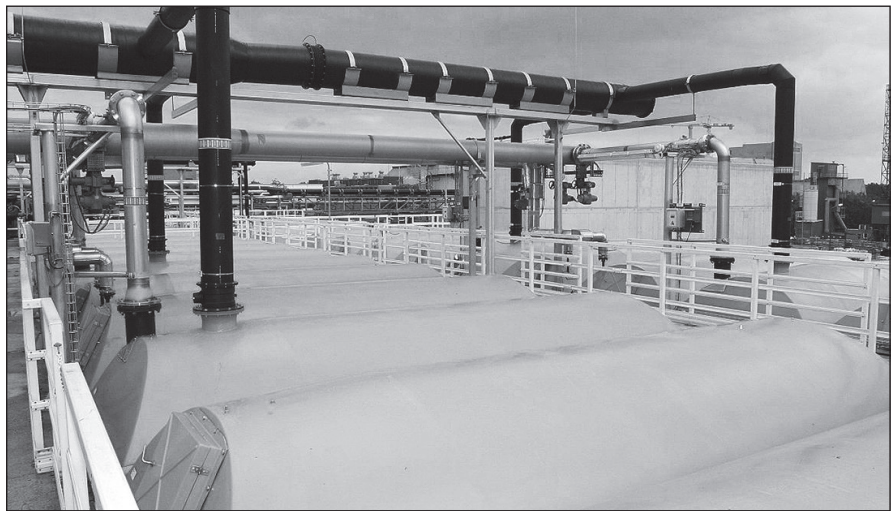
zur Folge hatte. Die Stadt Hürth setzte daraufhin eine Warnmeldung ab, die das „Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe“ aufgriff und weiterverbreitete. „Innerhalb des Stadtgebietes Hürth ist es im Bereich Alt-Hürth und Teilen von Hermülheim zu einem größeren Schadensereignis gekommen. Dabei werden Schadstoffe freigesetzt, die zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Hautreizungen führen können“, so der

Wortlaut. Tatsächlich traten bei einigen Anwohner*innen solche Krankheitssymptome dann auch auf. Trotzdem wiegelte YNCORIS ab. In der näheren Umgebung des Chemie„parks“ entnommene Proben hätten „keine auch nur annähernd gefährlichen Schadstoff-Gehalte“ ergeben.

Chemie-Fluten

Aus SHELLs Kölner Energie- und Chemie„park“ in Köln-Godorf floss Kohlenwasserstoff in den Rhein. Am BAYER-Standort Bergkamen ist hingegen alles noch einmal gut gegangen. Das Auffangbecken der Kläranlage war zwar „außergewöhnlich belastet“, konnte die Wassermassen aber gerade noch halten. So gelangten keine Chemikalien in die Umwelt. Wie schon 2017 nach heftigen Regenfällen blieb es bei weithin spürbaren Geruchsbelästigungen – die Niederschläge hatten sich mit Hefe-Bakterien und anderen Produktionsrückständen aus der mikrobiologischen Abteilung vermischt und zu Faulgas-Bildungen geführt. „Wir entschuldigen uns für die Unannehmlichkeiten durch die Geruchsbildung und arbeiten mit Hochdruck daran, das Wasser zu verarbeiten und zu beseitigen“, bekundete das Unternehmen. Auf dem Wuppertaler Werksgelände musste die Feuerwehr anrücken, um das Wasser abzupumpen. So blieb es bei vollgelaufenen Kellern in den Verwaltungsgebäuden. „Das Produktionsgelände ist nicht betroffen“, gab der Konzern Entwarnung. In Leverkusen lief es ebenfalls glimpflich ab. Am Stammsitz haben sich die Vorsorge-Maßnahmen, auf welche die Politik nach 2002 drängte, ausgezahlt. „Nachdem staatlicherseits nach den letzten großen Rheinhochwasser-Ereignissen die Schutzziele neu definiert wurden, hat der BAYER-Chemie„park“ Leverkusen seinen Hochwasser-Schutz mit dem Neubau von ortsfesten und mobilen Schutzwänden sowie durch ein Hochwasser-Pumpwerk auf ein 200-jähriges Bemessungshochwasser erweitert“, so beschrieb das Umweltbundesamt im Jahr 2007 die vorgenommenen Veränderungen. Und das reichte offensichtlich aus. In Dormagen passierte ebenfalls nichts. „Uns sind keine Schäden bekannt“, bekundete die CURRENTA, die beide Chem„parks“ unterhält.

Zu den bekannten Schäden jedes Hochwassers zählt indes die Erhöhung der Giftstoff-Konzentration in den Flüssen. Und das nicht nur, weil vermehrt Pestizide von den Feldern in die Gewässer geraten oder die Fluten Chemikalien aus



BAYERs Bergkamener Kläranlage war durch den Starkregen „außergewöhnlich belastet“

Lagerstätten mitreißen. Durch die Wetter-Ereignisse steigt nämlich die Fließgeschwindigkeit der Gewässer und wirbelt Sedimente auf dem Grund auf, in denen sich Schwermetalle, Dioxine und andere schädliche Substanzen abgelagert. Diese finden sich dann unter anderem in den Auen der Flüsse wieder. So bergen die Böden rund um Wupper und Rhein nach einer Untersuchung des „Ingenieurbüros Feldwisch“ im Auftrag der Stadt Leverkusen bedenkliche Mengen an Quecksilber, Chrom und anderen Rückständen aus der Industrie-Produktion. „Ich habe den Eindruck, dass das Problem der Schadstoffe aus den Altsedimenten in Deutschland und auch in Europa stark unterschätzt wird. Schadstoff-belastete Altsedimente sind aber eine tickende Zeitbombe, die mit jeder Flut hochgehen kann“, sagt der Umwelt-Toxikologe Henner Hollert von der Frankfurter Goethe-Universität. Überdies unterspült jedes Hochwasser BAYERs Giftmüll-Deponie „Dhünnaue“, und ob allein Brunnen und Sperrwände verhindern können, dass belastetes Wasser bei niedrigeren Pegelständen wieder zurück in den Rhein oder ins Grundwasser fließt, daran haben viele Expert*innen Zweifel.

Eine lange Geschichte

Bereits 1988 hatte die damals noch nicht sanierte und mit Wohnsiedlungen überbaute Lagerstätte bei einem Hochwasser für Gesundheitsgefährdungen gesorgt. Die Fluten spülten Dioxine, Chrom und andere Stoffe der Altlast in die Keller und lösten bei den Anwohner*innen Nasenbluten und Übelkeit aus. So wie damals offenbarten sich die Gefahren, die von Chemie-Anlagen und ihren Hinterlassenschaften

ausgehen, wenn die Flüsse über die Ufer treten, immer wieder. Im Jahr 1995 wäre es beinahe zu einer Überflutung des Leverkusener Chem„parks“ gekommen. Das Rhein-Hochwasser stand lediglich zehn Zentimeter unterhalb der Kaimauer-Kante. 2001 havarierte ein mit Salpetersäure für BAYER beladenes Schiff auf dem Rhein. Wegen des hohen Wasserstandes und der

GRÜNE LIGA Netzwerk
Ökologischer
Bewegungen

DER RABE RALF

Die Berliner Umweltzeitung



Unkonventionelles und
Hintergründiges aus der
vielfältigen Umweltszene
Tipps, Termine & Adressen

Kostenlos an vielen Berliner
Auslageorten wie Bibliotheken,
Bio- und Umweltläden
oder für jährlich 25 Euro
per Abo ins Haus.

Kostenlose Probenummer:
DER RABE RALF
Prenzlauer Allee 8, 10405 Berlin
Tel. 030 / 44 33 91-47
raberalf@grueneliga.de
www.raberalf.grueneliga-berlin.de





Gerade nochmal gewuppt gekriegt: Die Wupper richtete keine größeren Schäden im Wuppertaler BAYER-Werk an

starken Strömung drohte es zu bersten, weshalb die Feuerwehr gezwungen war, die Salpetersäure abzupumpen und in den Fluss zu leiten. 2002 trat die Elbe über die Ufer und setzte die tschechische Chemie-Fabrik Spolana Neratovice unter Wasser, so dass Chlorgas und Quecksilber in den Fluss gelangten. Für den elbabwärts gelegenen Bitterfelder Chemie„park“ entstand ebenfalls eine bedrohliche Lage. Dabei hatte der Pillen-Riese aus der Geschichte gelernt – 1954 wurde das gesamte Gelän-

de überflutet – und seine neuen Anlagen auf einem höheren Grund errichtet. Auch baute er auf sicherem Fundament, verzichtete auf Keller und verlegte die Verarbeitung wassergefährdender Substanzen auf höhere Stockwerke. Trotzdem stand eine Umwelt-Katastrophe unmittelbar bevor. Bis an eine unmittelbar neben der Fertigungsstätte gelegene Straße drang das Wasser vor. Nur dem unermüdlichen Einsatz der vielen Helfer*innen war es zu verdanken, dass der den Chemie„park“ umgebene Damm hielt. Und hätten nicht Deichbrüche bei Bad Dübener See das Wasser des Elb-Nebenflusses Mulde in die alten Tagebau-Stollen geführt, wäre auch diese Arbeit nutzlos gewesen. Von einer akuten Gefährdung sprach ein Bundeswehr-Angehöriger damals. Beim Leverkusener Multi aber hieß die Devise, solange es nur irgend ging: „Business as usual“. Ein Runterfahren der Produktion aus Sicherheitsgründen hielt das Unternehmen zunächst für unnötig, weil das ans Geld gegangen wäre. Darüber hinaus war der Global Player erst auf eindringliche Ermahnungen von GREENPEACE hin bereit, draußen auf dem Werksgelände lagernde Chemikalien vor den Fluten in Sicherheit zu bringen. Die Elbe trug damals bleibende Schäden davon. Die erhöhten Fließgeschwindigkeiten von Mulde und Spittelwasser hatten nämlich die hochbelasteten Altsedimente gelöst und in den größeren Strom gespült. Für BAYER wiederholte sich 2013 das Spiel. Wie schon 2002 musste die Bundeswehr einen provisorischen Deich errichten, um das Areal zu schützen. „Durch die anhaltenden Niederschläge ist die Hochwasser-Situation im Umfeld der

BAYER BITTERFELD GmbH und in der Chemie-Region Bitterfeld sehr angespannt“, erklärte der Konzern.

In den USA trat 2017 der Worst Case ein. Einströmende Wasser-Massen unterbrachen die Stromversorgung einer Chemie-Fabrik in Texas. Die Kühlung versagte, und die Temperatur der eingelagerten Substanzen sank ab. Das löste eine Reihe von chemischen Reaktionen aus, an deren Ende zwei Explosionen standen.

VCI gegen Maßnahmen

Trotz alledem wiegelt der „Verband der Chemischen Industrie“ ab. „Gefahren für Chemie-Anlagen durch Natur-Katastrophen wie Hochwasser sind in der chemisch-pharmazeutischen Industrie in einem komplexen Sicherheitsmanagement berücksichtigt“, bekundet die Organisation. Darum lehnt sie zusätzliche Maßnahmen ab. So wendet sich der VCI gegen den länderübergreifenden Raumordnungsplan für einen verbesserten Hochwasserschutz (BRPH), wie ihn CDU, CSU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen haben. Die Parteien beabsichtigen nämlich, den Betrieb von Chemie-Anlagen in Überschwemmungsgebieten zu untersagen, da von diesen im Überflutungsfall ein besonderes Gefährdungspotenzial für die Gesellschaft ausgeht. „Darunter fallen insbesondere jene Anlagen und Tätigkeiten, die im Falle einer Überflutung zur Freisetzung giftiger Stoffe sowie aufgrund thermischer Wirkungen zu Bränden und Explosionen führen können“, heißt es im Raumordnungsplan-Entwurf. Auch nimmt sich dieser vor, neue Risiko-Gebiete auszuweisen. Das alles behagt dem Verband nicht. Schwierigkeiten bei der Errichtung neuer Werke befürchtend, spricht er sich gegen „[e]igenständige Regelungen auf Bundesebene“ aus. „Da hier auf ‚hochwasser-angepasste Bauweise‘ und technische Regeln verwiesen wird, dürfte hier die Begründungs- und Darlegungslast beim Vorhaben-Träger liegen, die von den Behörden eingehend zu prüfen ist. Das führt zu einer weiteren Planungsunsicherheit“, konstatiert der Lobby-Club in der seiner Stellungnahme zu dem Vorhaben. „Soll Deutschland Hightech-Industriestandort bleiben, sollten derartige Regelungen nicht in Kraft gesetzt werden“, so der VCI abschließend.

Der „Bundesverband der Industrie“ (BDI) pflichtete dem bei. Er monierte ebenfalls den Ausschluss bestimmter Gebiete als Bau-Gründe für Anlagen. Zudem sieht der Verband die „Bewirtschaftung und

O-Ton BAYER



„Die größten Nachteile, die wir haben, sind hohe Arbeitskosten und teure soziale Sicherungssysteme im Zusammenspiel mit einer ausgreifenden Regulierung von Umweltfragen durch den Staat.“

Mit diesen Worten begründete ein BAYER-Manager 1994 in der Financial Times die Verlagerung eines Teils der Arznei-Produktion nach China.

Weiterentwicklung der Flüsse“ durch den BRPH gefährdet. Praktischerweise macht der BDI auch gleich konkrete Streichungsvorschläge. Sein Resümee lautete: „Zusätzliche Regelungen halten wir für nicht erforderlich und lehnen den BRPH in Gänze ab. Sollte der Bundesraumordnungsplan in der aktuellen Fassung verabschiedet werden, hat dieser massive negative Auswirkungen auf die Entwicklung und das Fortbestehen des Wirtschaftsstandorts Deutschland.“

Politik hört die Signale

Beinahe hätten BAYER & Co. Vollzug melden und den Plan auf den Müllhaufen der Geschichte bugsieren können. Aber dann kam im Juli die Hochwasser-Katastrophe, die der Politik keine Wahl ließ. Aber die Konzerne erreichten über das Wirtschaftsministerium viele Änderungen, die nicht einmal Innenminister Horst Seehofer geheuer waren. Es gebe Kritik an den Ausnahmen für Unternehmen und Infrastruktur in Risiko-Gebieten erklärte der CSU-Politiker laut *Handelsblatt* und kündigte an: „Wir schauen uns das Ganze noch mal an.“ Daraus wurde allerdings nichts, und ob die nächste Bundesregierung das tun wird, steht auch in Frage. Das Umweltministerium zeigte sich



ebenfalls unzufrieden. „Die zuletzt getroffenen Ausnahmen innerhalb des Plans behindern eine wirksame Hochwasservorsorge“, hielt Staatssekretär Jochen Flassbarth fest und empörte sich über BAYER & Co. Auch der Wirtschaft müsse klar sein, „dass ihre Betriebe direkt vom Hochwasser-Risiko betroffen sein können und dass der Allgemeinheit aber auch ihnen selbst in Zukunft enorme Schäden und Kosten durch Hochwasser drohen“, so Flassbarth.

Der nordrhein-westfälischen Landesregierung indes gelang noch im Frühjahr das Kunststück, den Hochwasserschutz massiv zurückzufahren. Im Rahmen seiner „Entfesselungspolitik“, mit der Armin Laschet auch die ganze Republik hatte beglücken wollen, nahm er sich das rot-grüne Landeswasser-Gesetz vor und fledderte es. „Wasserrechtliche Verfahren sollen dereguliert und verschlankt werden“, verkündete Schwarz-Gelb und verabschiedete im Mai das Gesetz zur Änderung

graswurzel revolution

GWR 462 – Oktober 2021
Solidarische
Küche International

Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net





Hochwasserschutz im Leverkusener Chem,„park“

des Landeswasserrechts. Mit diesem begaben sich CDU und FDP freiwillig vieler Möglichkeiten, Vorsorge-Maßnahmen zu treffen, wie etwa den Flüssen durch das Anlegen von Überschwemmungsgebieten mehr Raum zu geben, um die Folgen steigender Wasserstände zu mildern. So strichen die Parteien den Paragraphen, der dem Land bei fluss-nahen Flächen ein Vorkaufsrecht sicherte. Ein Passus, der den staatlichen Stellen die Befugnis einräumte, mehr solcher Retentionsareale auszuweisen, fiel ebenfalls unter das Rubrum „kann wegfallen“.

Und schließlich machten sich die Entfesselungskünstler*innen auch daran, an einer Regelung herumzuschrauben, welche beabsichtigte, Abwasser-Behandlungsanlagen wie die in Köln-Knapsack gegen Starkregen-Ereignisse zu wappnen. Die Gefahr eines Abgangs von chemikalien-haltigem Wasser aus den Becken im Falle heftiger Niederschläge ist bereits seit Langem bekannt. Angelika Horster vom BUND NRW vermisste „Maßnahmen gegen einen Abfluss von Abwasser aus Industrie-Kläranlagen“ in den Katastrophen-Plänen von BAYER & Co. bereits 2003; „Gefahrenherd Rhein-Hochwasser – Anlagen von BAYER & Co. nicht hochwasser-sicher“ überschrieb sie ihren SWB-Artikel damals. Im Jahr 2016 reagierte die rot-grüne Landesregierung unter Hannelore Kraft schlussendlich auf entsprechende Warnungen und änderte das Landeswasser-Gesetz entsprechend. So schrieb der Paragraph 84 im Absatz 3.2 nun vor, neue Abwasser-Anlagen hochwasser-sicher zu

bauen und ältere bis Ende 2021 umzurüsten. Der Absatz 3.3 verfügte, Anlagen „nur so zu errichten und zu betreiben, dass wassergefährdende Stoffe durch Hochwasser nicht abgeschwemmt oder freigesetzt werden.“ Aber das ist jetzt Geschichte. Laschet & Co. verlängerten die Modernisierungsfrist für Abwasser-Anlagen kurzerhand bis 2027 und tilgten den Absatz 3.3 ganz.

Auch dem Flächenfraß mit seinen Versiegelungen, der dem Wasser die Möglichkeit nimmt, in die Böden einzusickern, leisten CDU und FDP weiter Vorschub. 22 Hektar pro Tag kommen in Nordrhein-Westfalen so unter die Räder, aber die beiden Parteien hatten nichts Besseres zu tun, als das 5-Hektar-Ziel aus dem Landesentwicklungsplan zu streichen.

Jetzt auf einmal aber gibt Armin Laschet den obersten Deichgraf an. „Wir müssen Dämme bauen, Rückhalte-Becken, Wasser-Reservoirs, Flächen renaturieren – Schutz nicht nur am Rhein, sondern auch an den großen und vielen kleinen Flüssen“, bekundet er. BAYER erkannte ebenfalls Handlungsbedarf: „Die Katastrophe wird sicher dazu führen, dass bestehende Schutz-Konzepte überprüft werden. Und die CURRENTA will im Chem,„park“ Leverkusen ihre mobile Hochwasserwand ausbauen. Bei der Ursachen-Forschung hält sich die Branche allerdings nicht länger auf. Ein „Ereignis höherer Gewalt“ nennt Knapsack-Betreiber YNCORIS den Starkregen in einem Brief an die Anwohner*innen des Chemie,„parks“. Klimawandel – nie gehört. Dabei strickt

CBG bei der Arbeit



Nicht weniger als 46 Millionen Liter des Herbizids Agent Orange setzte die US-Armee im Krieg gegen Vietnam als Entlaubungsmittel ein, um die Vietcong-Kämpfer*innen im Dschungel besser aufspüren zu können. Drei Millionen Vietnames*innen leiden noch heute unter den Folgen. An ihr Schicksal mahnt alljährlich am 10. August der Agent-Orange-Day. Da die jetzige BAYER-Tochter MONSANTO zu den Hauptlieferanten des als Chemie-Waffe dienenden Ackergifts zählte, hielt die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN (CBG) an dem Tag eine Kundgebung vor der Zentrale des Leverkusener Multis ab. „Der Krieg ist für die Opfer noch nicht vorbei“, konstatierte CBG-Geschäftsführer Marius Stelzmann. Und mit Blick auf den Schadensersatz-Prozess, den die Agent-Orange-Betroffene Tran To Nga gerade in Frankreich gegen MONSANTO und dreizehn weitere Unternehmen führt, richtete er eine unmissverständliche Forderung an den Global Player: „BAYER muss endlich Entschädigung zahlen.“

die Chemie-Industrie daran kräftig mit. Neben der Stahl- und der Zementbranche zählt sie zu den größten Emittenten von Kohlendioxid. Auf 3,58 Millionen Tonnen kam allein der Leverkusener Multi im Geschäftsjahr 2020.

Und Armin Laschet zeigt sich da auch nicht einsichtiger. Er, der im Mai 2019 noch verblüfft konstatierte: „Aus irgendeinem Grund ist das Klima-Thema plötzlich ein weltweites Thema geworden“, fühlt sich noch nicht einmal nach dem Hochwasser bemüht, es zu seinem eigenen Thema zu machen. „Weil jetzt ein solcher Tag ist, ändert man nicht seine Politik“, sagte er am 15. Juli in einem Interview mit dem WDR. ←

nd

Überall und zu jeder Zeit lesen!



4 Wochen testen für nur 11 Euro

- Jederzeit digital lesen mit **nd APP** und **nd E-PAPER**
- Jeden Samstag **nd DIE WOCHE** im Briefkasten
- Einmalig **OXI** – die ökonomiekritische Monatszeitung
- Kombi-Mini-Abo endet automatisch

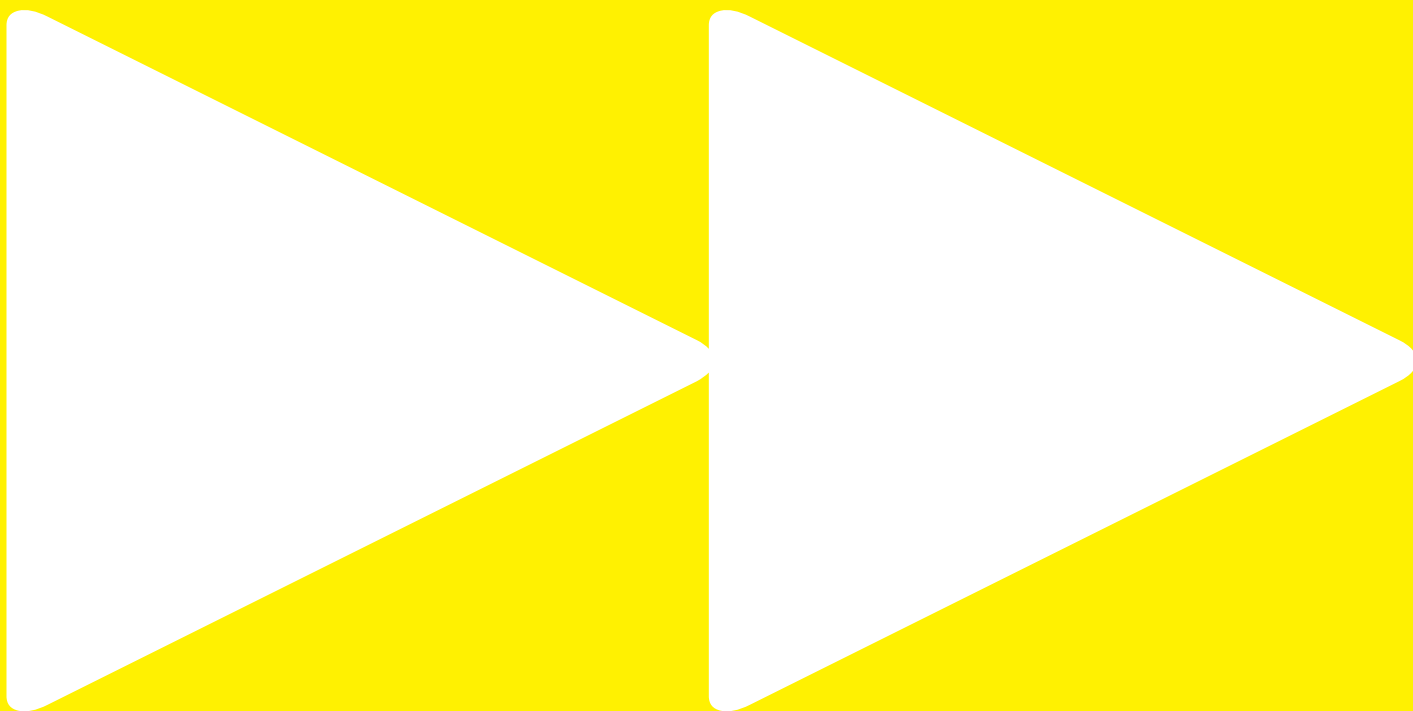
Kombi-Mini-Abo – Jetzt bestellen!

dasnd.de/kombiminiabo

Abo-service: (030) 2978-1800



KONZERNKRITIK KENNT KEINE PAUSE!



UNSER WIDERSTAND BRAUCHT GELD.

JETZT SPENDEN! JETZT FÖRDERMITGLIED WERDEN.

IBAN: DE94 8309 4495 0003 1999 91

WWW.CBGNETWORK.ORG/SPENDE

Die CBG erhält wegen ihrer konsequent konzernkritischen Arbeit keinerlei staatliche Förderung. Wir organisieren Widerstand gegen Konzernmacht am Beispiel des BAYER-Konzerns. Seit 1978. Weltweit. Rund um die Uhr. Und weitgehend ehrenamtlich: Solidar- statt Profitprinzip.

www.CBGnetwork.org

info@cbgnetwork.org

